

Nr. 24 – 2022/2

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

In dieser Ausgabe

Christdemokratie und
Relationales Denken

Landtagswahlen 2022

Für eine Kultur des Lebens

Diskussion Wirtschaftskrieg



Die Zeit ist reif

bündnis

Christen für Deutschland



www.buendnis-c.de



EINDRUCK das Magazin für Politik von Bündnis C

Nr. 24 – 2022/2

Inhalt

Editorial	4
Christdemokratie und Relationales Denken	6
Auf dem Weg zu einer neu belebten Christdemokratie	10
Klausurtagung Bund-Länder 2022	12
Offener Brief an die CDU-Landtagsfraktion Saarland	14
Gebetsaufruf	14
Spendenaufruf	15
Aus den Landesverbänden	16
Ankündigung Bundesparteitag	29
Menschenhandel und Prostitution beenden	30
Für eine Kultur des Lebens	31
Das Ende des Wirtschaftskrieges?	33
Offener Brief an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier	36
ECPM-Resolution von Bündnis C zum Atomabkommen mit dem Iran (JCPoA).	38
Keine Erpressung durch NATO-Partner Türkei.	40
Reform der Wahlen zum Europaparlament höhlt nationales Wahlrecht aus.	43
Wem dient die Europäische Digitale Identität?	44
Schlusswort	46
Impressum.	Rücks.

Es grüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Frank Brandenburg,
Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Hermann Bohnenkamp
und Andrea Rehwald



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

vor einigen Tagen trafen sich die Vorstände von Bündnis C zu ihrer jährlichen Klausurtagung. Inhaltlich standen zwei Themen auf dem Programm: **Insolvenzen und Generationen**. Insolvenzen in der Vorausschau der Welle, auf die wir uns vorbereiten müssen nach zwei Jahren Corona-Maßnahmen und nun einem Wirtschaftskrieg. Generationen, die wir zusammenbringen müssen, um die Herausforderungen der kommenden Zeit zu bestehen. Zwei Themen als zwei Pole einer Zeit, in der Zerbruch und Hoffnung untrennbar zusammengehören. Das ist die Perspektive, der wir uns in Bündnis C verschrieben haben: in den Erschütterungen, durch die wir gehen, Antworten aus dem Schatz des Wortes Gottes zu suchen und unserer Gesellschaft anzubieten, Hoffnung praktisch werden zu lassen.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat auch Deutschland und Europa im Griff. Das Leid von Tod und Zerstörung im Donbass und anderen Teilen der Ukraine rückt weiter weg angesichts eines drohenden Versorgungskrieges bei uns. Ein Jahr nach der Flutkatastrophe im Ahrtal breitet sich in Deutschland Angst vor dem nächsten Winter aus – eine Vorstellung, die vor wenigen Monaten noch im Reich der Verschwörungsspropheten verortet wurde. Wir fragen nach Lösungen, wie der Krieg in der Ukraine beendet werden kann, und wissen gleichzeitig, dass uns die Macht darüber aus den Händen genommen ist. **Was können wir zum Frieden tun? Wie soll sich Bündnis C zu Waffenlieferungen und weiteren Wirtschaftssanktionen positionieren? Sie finden in diesem Heft einen Beitrag mit Vorschlägen, die wir zur Diskussion stellen. Bitte beteiligen Sie sich!**

Inmitten der täglichen Hiobsbotschaften ist uns klar, dass politische Mittel allein unsere Welt nicht mehr zum Besseren ändern ohne eine Umkehr zu den schöpfungsgemäßen Lebensordnungen. Die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP treibt mehrere Gesetzesvorhaben voran, die das Lebensrecht und die Identität des Menschen zur Verhandlungsmasse machen. **Mit der Abschaffung des Werbeverbotes für Abtreibungen wurde die Tür geöffnet für die Streichung des Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen nach § 218 aus dem Strafgesetzbuch.** Ein „Selbstbestimmungsgesetz“ der Ampel-Regierung soll das geltende Transsexuellengesetz ablösen. Be-

reits jeder Jugendliche ab 14 Jahren soll demnach einmal jährlich mittels Willenserklärung beim Standesamt seinen Namen und Geschlechtseintrag wechseln können. Jugendlichen in den Prozessen der pubertären Identitätsentwicklung diesen Weg zu eröffnen, provoziert unverantwortliche hormonelle und chirurgische Geschlechtsangleichungen, die nicht umkehrbar sind. Wenn das momentane Gefühl zur Identität erhoben wird, werden Fakten ignoriert, die nicht nebenwirkungsfrei zu tilgen sind. Wenn gar das Mitspracherecht der Eltern durch Familiengerichte ausgehebelt wird, wird nicht nur persönliches Leid der Jugendlichen, sondern die Zerstörung von Familienbeziehungen billigend oder gewollt in Kauf genommen, wo Identität ihren Rückhalt hat. **Als Bündnis C mahnen wir, dass ein neues Gesetz den biologischen Tatsachen und dem Jugendschutz Rechnung tragen und der schöpfungsgemäßen Stärkung geschlechtlicher Identität dienen muss.**

Am 23. Juli wehten jedoch auf dem Reichstag, dem Kanzleramt und mehreren Bundesministerien zum ersten Mal Regenbogenfahnen. Die Bundesregierung will damit zeigen, dass Deutschland ein modernes und vielfältiges Land ist. Der Regenbogen ist Zeichen des Bundes Gottes mit der Schöpfung – die Regenbogenfahne dagegen Symbol für menschliche Anmaßung über die Schöpfung. Auf die Bundeszusagen Gottes ist Verlass, der Tanz auf ihren Trümmern kein Fortschritt, sondern Niedergang. Anstelle von Symbolpolitik für Lobbygruppen rufen wir die Ampelkoalition in ihre Verantwortung vor Gott und Menschen. **Der Lebensschutz und die Ökologie des Menschen bleiben Schwerpunktthemen von Bündnis C, ebenso der Kampf gegen Menschenhandel und Prostitution.**

Wir sind dankbar, dass sich diesen und anderen Themen in diesem Jahr in drei Landesverbänden Direktkandidaten zu den Landtagswahlen stellen. **Wir gratulieren den Kandidaten in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu ihren Wahlergebnissen**, die Sie in diesem Heft nachlesen können. Der Landesverband Niedersachsen bereitet sich auf die Wahlen am 9. Oktober vor. Wir danken allen Kandidaten und Verbänden, die sich in den Wahlkämpfen engagieren und Bündnis C vor Ort bekannt machen!



Als Partei sind wir mit der European Christian Political Movement (ECPM) verbunden und arbeiten zusammen an Antworten für die Umbrüche dieser Zeit und ein christlich erneuertes Europa. **Bündnis C hat bei der Mitgliederversammlung der ECPM im Juni eine Resolution gegen ein neues Atomabkommen mit dem Iran eingebracht.** Eine von der ECPM organisierte Konferenz beleuchtete zudem die Gefahren der in Planung befindlichen Europäischen Digitalen Identität. Als Vorstandsmitglied ist es mir eine Ehre, der ECPM nunmehr als Vizepräsidentin dienen zu dürfen.

Die Zeit ist reif. Der Titel dieses Heftes erinnert an eine Passage in Offenbarung 14,15: „Die Zeit zu ernten ist gekommen, denn die Ernte der Erde ist reif geworden“. An diesem Punkt der Geschichte stehen wir noch nicht. Aber die Zeit ist herangereift, wo festgefügte Gewissheiten zerfallen und Menschen ins Fragen kommen: Was kommt als nächstes? Was hat Bestand? Wo ist Hilfe, Hoffnung und Halt?

Dafür müssen Antworten heranreifen, die im Reich Gottes Bestand haben. Wir nutzen dafür immer wieder unsere biblisch fundierte Konzeption des Relationalen Denkens, aktuell für die Arbeit an einem beziehungsorientierten Finanzpolitischen Programm und Eckpunkten für eine beziehungsorientierte Wirtschaft. **Beides werden wir am diesjährigen Bundesparteitag am 12. November in Bad Blankenburg vorstellen.** Wir glauben, dass der Ansatz des Relationalen Denkens das Potenzial hat, die Kräfte der Kirchen zu bündeln, um unsere Gesellschaft von einem christlichen Fundament her neu zu beleben. **Lesen Sie in diesem Heft, wie sich das Relationale Denken mit den theologischen Voraussetzungen der Christdemokratie**

verbindet, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg stark gemacht hat.

Die Zusagen Gottes für unsere Welt stehen und haben das letzte Wort – nicht die Zerstörungswerke des Bösen, auch nicht die Erschütterungen der Systeme, die wir erleben. Auch die Berufung Deutschlands, anderen Nationen zum Guten zu dienen, steht fest. Wir können sie in der Bindung an Gott füllen und im Vertrauen auf Ihn, der unserem Land viel anvertraut hat.

Leo van Doesburg, Direktor für Europaangelegenheiten der ECPM, fasste am 16. Juni 2022 bei einer Veranstaltung unserer spanischen Schwesterpartei Contigo Mas in Madrid die Berufsbeschreibung für Politiker so zusammen, dass wir

- den Pragmatismus von Joseph
- die Leidenschaft von Mose
- die Delegationsbereitschaft von Jitro
- die strategischen Fähigkeiten von Josua
- den Glauben von David
- die Weisheit von Salomo
- die Integrität von Daniel
- die Diplomatie von Esther
- und das Projektmanagement von Nehemia brauchen.

Lesen Sie deren Geschichten in der Bibel und lassen Sie sich davon inspirieren, wie sie regiert und Regierungen beeinflusst haben, wie sie das Schicksal des Volkes gewendet und es gerettet haben, wie sie in dramatischen Umständen nicht auf das Sichtbare, sondern auf Gott geschaut, gehandelt und das Land eingenommen haben.

So grüße ich Sie mit dem Zuspruch aus Jesaja 35,3f: „Stärkt die müden Hände und macht fest die wankenden Knie! Sagt den verzagten Herzen: Seid getrost, fürchtet euch nicht! Seht, da ist euer Gott!“

Mit den besten Wünschen



Karin Heepen

Bundvorsitzende
Bündnis C

Christdemokratie und Relationales Denken

Wir haben in vorangegangenen Beiträgen die staatstragende Rolle der Christdemokratie im Deutschland der Nachkriegszeit gewürdigt sowie deren Einflussverlust in den letzten Jahrzehnten. Die folgenden Beiträge verbinden das Relationale Denken, das wir in Bündnis C als Grundprinzip einer christlich geprägten Gesellschaft entwickeln, mit den Voraussetzungen der Christdemokratie. Können wir mit diesen Prinzipien unsere Gesellschaft neu herausfordern und wiederbeleben?

Die Ursprünge der Christlichen Demokratie

Die Christdemokratie entstand in Europa gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Die industrielle Revolution und die darauffolgende Verstädterung hatten die Gesellschaft tiefgreifend gespalten. Das Kapital war in den Händen weniger Besitzer konzentriert, die Masse der Arbeiter verarmte und hatte keinerlei soziale Absicherung. 1848 war Karl Marx' „Kommunistisches Manifest“ erschienen. Die Arbeiterfrage trat in den Vordergrund der gesellschaftlichen Debatten und wurde von den widerstreitenden Ideen des Sozialismus und des Liberalismus dominiert. In den sozialen und ideologischen Verwerfungen wurde den Christen klar, dass ein neues Paradigma nötig war und sie zur Schaffung eines auf christlichen Werten basierenden Gesellschaftsmodells beitragen müssten.

Katholische Soziallehre

1891 veröffentlichte Papst Leo XIII. das erste päpstliche Rundschreiben zur Arbeiterfrage, die Sozialenzyklika „Rerum novarum“¹. Er verfolgte generell die Aussöhnung von Kirche und Kultur und die Öffnung der Kirche gegenüber der modernen Welt. „Rerum Novarum“ enthält eine Vision für den Wiederaufbau der sozialen Ordnung nach dem Naturrecht, basierend auf biblischen Maßstäben, und wurde zum grundlegenden Dokument der Katholischen Soziallehre. Die Soziallehre beruht auf den Grundsätzen

- dass der Mensch nach dem Bild Gottes geschaffen ist, eine unveräußerliche Würde hat und nicht nur Kapital oder Arbeitskraft ist

- dass das persönliche Besitzrecht und das Eigentum von Familien als Naturrecht lange vor dem Staat bestanden und nicht von diesem vereinnahmt werden dürfen
- dass die Familie als häusliche Gemeinschaft älter ist als jegliches andere Gemeinwesen und unabhängig vom Staat ihre innewohnende Rechte und Pflichten hat
- dass der Schutz des Privateigentums ein friedliches Zusammenleben gewährleistet (2Mose 20,17).

Papst Leo XIII. wendet sich damit gegen den von den Sozialisten angestachelten Klassenkampf und gegen eine sozialistische Vergemeinschaftung von Eigentum. Mit dem Wegfall persönlichen Besitzes würde auch die Motivation für Fleiß und damit die Quellen des Wohlstandes versiegen. Die geforderte Gleichmachung widerstrebt zudem der Einzigartigkeit der Menschen, deren Verschiedenheit der Kräfte im gesellschaftlichen Zusammenspiel gebraucht wird. Er plädiert stattdessen für Versöhnung, brüderliche Liebe und Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Arbeitgeber sollen die Arbeiter mit Ehre behandeln, sie nicht rücksichtslos ausbeuten und die Folgen ihres Reichtums für die Ewigkeit bedenken. Der Mensch soll nicht von staatlicher Fürsorge abhängig, sondern in der Lage sein, seinen Unterhalt und den Erwerb seiner Familie selbst zu erwirtschaften und zu vermehren. Der Staat darf die Befugnisse der Familie und des Einzelnen nicht an sich reißen. Ein sozialistisches System, das die elterliche Fürsorge durch eine allgemeine Staatsfürsorge ersetzt, versündigt sich an der natürlichen Gerechtigkeit. Gleichzeitig betont Leo XIII. die christliche Sozialverpflichtung von Familien und Besitz, gerechte Löhne und gesetzlichen Schutz für die Arbeiter. Gegen den Liberalismus spricht er sich für eine staatliche Sozialpolitik aus mit einer Gesetzgebung zur Förderung des Gemeinwohls, das die Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft maßgeblich schaffen.

Die Lehre von „Rerum novarum“ wurde als „katholischer Mittelweg“ zwischen Sozialismus und Liberalismus bekannt – in dem Bewusstsein, dass ohne die Kirche und die verändernde Kraft des christlichen Glaubens es keinen Ausweg aus den ideologischen Irrwegen und der Polarisierung der Fronten gibt. Sie wurde zur Initialzündung für die Herausbildung der Christdemokratie in vielen Teilen der Welt. In

1 [http://www.kathpedia.com/index.php?title=Rerum_novarum_\(Wortlaut\)](http://www.kathpedia.com/index.php?title=Rerum_novarum_(Wortlaut))



Deutschland hatte sich bereits 1870 die Zentrums-Partei gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg flossen die Forderungen der Katholischen Soziallehre nach gerechtem Lohn, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, der gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie sozialer Partnerschaft in die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ein. In vielen Ländern Europas wurden christdemokratische Parteien gegründet. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten entwickelten Politiker in aller Welt einen christdemokratischen Weg jenseits von Liberalismus und Kommunismus.

Calvinismus: Souveränität der Sphären

Im Protestantismus fehlt eine international etablierte Lehre für das öffentliche Leben und politische Beteiligung. Für die reformierten Kirchen entwickelte Abraham Kuyper (1837 – 1920) die umfassendste Konzeption für ein christlich-sozialpolitisches Engagement² und spielte damit ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung zur Christdemokratie. Als Antwort auf die Herausforderungen der industriellen Revolution rief er Ende des 19. Jahrhunderts die Christen in die Hingabe an Gott und zu einer neuen Verpflichtung gegenüber den Mitmenschen. Kirche und Religion sind keine isolierte Sphäre der Christen, sondern Aspekte der größeren universellen Realität und Pluralität. Familie, Wirtschaft, Politik, Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur sind souveräne gesellschaftliche Sphären, die ihre Existenz nicht dem Staat verdanken, sondern deren Autorität ihren Ursprung direkt in der Schöpfung hat. Es gibt eine untrennbare Verbindung zwischen Glauben und Politik, in der die Christen stehen müssen. Eine Gesellschaft kann nicht neutral sein, Politik basiert immer auf einer Weltanschauung.

Kuyper betont die starke Rolle der Zivilgesellschaft gegenüber einer strikt begrenzten Macht des Staates. Die Sphären der Zivilgesellschaft haben ihr eigenes göttliches Mandat und ihren spezifischen Anteil an der Souveränität Gottes, unabhängig von der Regierung. Die Rechte der Sphären wie auch der Individuen jedes Gesellschaftsbereiches werden ihnen nicht von der Regierung, sondern von Gott selbst gegeben. Staatliche Stellen erkennen diese Rechte lediglich an. Die politische Autorität muss die Integrität der anderen Sphären respektieren, jede Form des Lebens unabhängig von seiner eigenen Sphäre ehren und erhalten und die Beziehungen zwischen und innerhalb der Sphären richtig ordnen. **Kuyper wendet sich damit gegen ein sozialistisches System, in dem die Macht bei der Regierung konzentriert ist, wie auch gegen die liberalistische Vorstellung einer Gesellschaft autonomer Individuen.**

Orthodoxie

Traditionell steht in der Orthodoxie die Liturgie im Vordergrund. Eine ganzheitlichere Vision wurde 2020 veröffentlicht³, das als politisches Manifest der Östlichen Orthodoxie verstanden werden kann. Seine Botschaft der Versöhnung erhielt im Licht des Krieges Russlands in der Ukraine eine hohe Dringlichkeit. Es betont die relationale Natur des Menschen und seinen Ruf in die liebende Gemeinschaft mit Gott, seinem Nächsten und der ganzen Welt. Christen sollen Strukturen unterstützen, die die öffentliche Ordnung, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie garantieren. Das Gemeinwohl muss im Zentrum des sozialen Lebens stehen, damit demokratischer Pluralismus nicht zu einem Absolutismus des freien Marktes und Konsumismus verfällt. Das Zentrum kirchlichen Engagements ist die Sorge für die Armen, Schwachen und Benachteiligten. Die Menschenrechte müssen durch Strukturen der Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit gestützt werden. Sozialökonomische Aspekte befürworten Sozialleistungen und nicht ausbeuterische Arbeitsbedingungen.

Relationales Denken⁴

In allen drei Konzeptionen der Kirchen sind Ansätze des Relationalen Denkens für eine florierende Gesellschaft verankert. Das Konzept selbst wurde von evangelikalen Forschern u. a. des Jubilee Centre in Cam-

2 Abraham Kuyper, „Calvinism and Politics“ in: Lectures in Calvinism (Grand Rapids, MI: Eerdmans, 1931)

3 For the Life of the World. Towards a Social Ethos of the Orthodox Church <https://www.goarch.org/-/social-ethos-news-release-2020-03-27>

4 Vgl. Matthew N. Williams, A Relational Vision for Europe: Revitalising Christian Democracy Today (Sallux Publishing 2022), S. 53–65



bridge⁵ seit der 1980er Jahren entwickelt. Sie reagierten damit auf die vorwiegend individuelle Perspektive der Nachfolge Jesu in der evangelikalen Theologie und das Fehlen einer ausgearbeiteten Vision für das öffentliche Leben und politisches Engagement. Die Vision stützt sich sowohl auf die politische Ordnung Israels im Alten Testament als auch die Erfüllung des Gesetzes, wie Jesus sie im Liebesgebot des Neuen Testaments zusammenfasst: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und mit all deiner Kraft und deinem ganzen Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst« (5. Mose 6,5; 3. Mose 19,18).“ (Lk 10,27).

Die politische Vision des Relationalen Denkens ist im Wesentlichen:

- Alle Menschen sollen ein Zuhause haben.
- Lokale Gemeinden sollen auf engmaschigen, aber inklusiven Haushalten aufgebaut sein.
- Nationen sollen nach innen kohärent und nach außen mit ihren Nachbarn vernetzt sein.

Innerhalb dieser einfachen Vision soll jede Institution wie Familien, Unternehmen oder die Regierung so funktionieren, dass die Beziehungen aller Ebenen die Qualität von Verwandtschaft oder Brüderlichkeit haben. Das Konzept der Verwandtschaft gleicht im Charakter der Beziehungsqualität mehr einem Bund im Gegensatz zu einer vertraglichen Form von Beziehung. Brüderliche Liebe wird freiwillig gegeben, nicht gezwungenermaßen oder als Tauschhandel. Souveräni-

tät kommt in dieser Vision nur Gott zu, menschliche Autoritäten sind ihm untergeordnet. Nur so sind der Staat, Nationen, Gesellschaften oder Einzelne davor gefeit, andere zu dominieren oder zu beschädigen.

Die Kräfte der Kirchen bündeln

Die biblische Fundierung des Relationalen Denkens verbindet sich mit den theologischen Grundlagen der Katholischen Soziallehre und protestantischer Ansätze wie dem der Sphären-Souveränität und findet sich auch in der relationalen Perspektive der Orthodoxie auf den Menschen und die Welt wieder. Es hat damit das Potenzial für einen gemeinsamen Ansatz der Kirchen, in dem sich die Konzepte gegenseitig ergänzen und befruchten, um die Christdemokratie wieder mit ihren biblischen Quellen zu verbinden und neu zu beleben.

Die politische Schlüsselidee der Katholischen Soziallehre, das Gemeinwohl, vereint die Prinzipien von Beziehungsorientierung, Subsidiarität und der Zivilgesellschaft und damit die Grundzüge einer biblisch fundierten, relationalen Gesellschaftsvision.

Das Herz ist die Familie mit ihren engen Beziehungen, die aber nicht exklusiv, sondern offen sind wie das biblische Konzept des Haushalts und durchlässig zur lokalen Gemeinde hin. Papst Franziskus charakterisiert in seiner Enzyklika „Fratelli Tutti“ (2020) den von der Soziallehre inspirierten Einsatz für das Gemeinwohl als politische Liebe. Menschen dürfen nicht weiter auf Individuen reduziert werden, die leicht beherrscht werden können. „Eine gute Politik sucht nach Wegen zum

⁵ <https://www.jubilee-centre.org/>

Aufbau von Gemeinschaften auf verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, um so die Globalisierung wieder auszugleichen und neu zu orientieren und ihre zersetzenden Auswirkungen zu vermeiden.“⁶ Universale Brüderlichkeit und soziale Freundschaft sind nicht trennbar.

Das reformierte Denken unterstreicht die organische Verbindung zwischen allen Sphären und Akteuren der Gesellschaft und deren Angewiesen-sein aufeinander. Es betont dezentrale Strukturen, damit jede Sphäre in Freiheit sich entwickeln kann, aber nicht unabhängig oder andere dominierend. Kuyper weist auf die Gefahr hin, dass durch menschliche Sünde die organische Ordnung einer familienbasierten Gesellschaft korumpiert wird und durch eine mechanische, staatliche Ordnung ersetzt werden muss. Diese Entwicklung ist in Deutschland zu beobachten, wo mit der Aufgabe christlich-moralischer Standards immer mehr Gesetze gemacht wurden, um Fehlverhalten einzudämmen. Damit unterwanderte die Christdemokratie aber gleichzeitig ihr Prinzip der Eigenverantwortung. Der Staat dominiert immer mehr alle Sphären der Gesellschaft und florierendes Leben wird abgewürgt. Das Relationale Denken arbeitet anhand der politischen Ordnung Israels heraus, wie das öffentliche Leben vom Prinzip der Verwandtschaft her geordnet war und zugleich politische Mechanismen einsetzte, die das Böse im Zaum hielten. Wir brauchen auch heute die Vitalität brüderlicher Beziehungen mit einem schützenden Rahmen und Grenzen gegen Missbrauch und Gewalt.

Mit der Orthodoxie eint das Relationale Denken die theologischen Grundsätze und ethische Positionen, die mit einem beziehungsorientierten Denken begründet und verteidigt werden. Das Konzept des Relationalen Denkens erweitert die biblische Perspektive alt- und neutestamentlich und kann eine engere Interaktion von Orthodoxie und Christdemokratie mit befördern.

Die Zeit ist reif

In Bündnis C haben wir uns die Ausarbeitung politischer Programme unter Zugrundelegung des biblisch begründeten, beziehungsorientierten Denkens zur Aufgabe gemacht, wie sie die Konzeption des Relationalen Denkens entwickelt hat. Zusammen mit unseren europäischen Partnern arbeiten wir an einer Vision für unsere Nationen und Europa, die Auswege aus den Krisen aufzeigen, in die wir uns eigenmächtig hinein-



manövriert haben. Wir schätzen die herausragende Rolle, die die Christdemokratie in Deutschland und für den Aufbau des Nachkriegseuropas gespielt hat. Wir wollen unseren Beitrag leisten, die Voraussetzungen wieder zur Geltung zu bringen, aus denen christlich-demokratische Politik geschöpft hat. Diese biblischen Voraussetzungen finden sich im Konzept des Relationalen Denkens wieder und stützen die Säulen eines demokratischen Staatswesens, das ohne sein christliches Fundament nicht mehr demokratisch sein wird:

- Rechtsstaatlichkeit geht auf die Gesetze der Torah zurück. Das Recht steht über der Macht.
- Gerechtigkeit ist Gleichheit vor dem Gesetz und Durchsetzung des Rechts wie auch soziale Gerechtigkeit.
- Solidarität resultiert aus Nächstenliebe, Zugehörigkeit und Verbundenheit.
- Freiheit ist keine autonome Freiheit von allem, sondern Freiheit zur Verantwortung vor Gott und Menschen.
- Verantwortung erfordert den Beitrag, den Menschen und Gruppen zur Gesellschaft leisten.
- Als Verwalter für die Gesellschaft und die Schöpfung sind wir Gott rechenschaftspflichtig.

Wir erleben immer wieder Initiativen, die den demokratischen Charakter unserer Gesellschaft erhalten wollen, jedoch die christlichen Grundlagen nicht mehr kennen oder meinen, darauf verzichten zu können. Unsere Rolle als christliche Partei ist es, diese Grundlagen in Erinnerung zu bringen und daraus Antworten zu entwickeln, wo die ideologischen Irrwege gescheitert sind.

Karin Heepen
Bundesvorsitzende Bündnis C

⁶ https://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20201003_enciclica-fratelli-tutti.html, 182

Auf dem Weg zu einer neu belebten Christdemokratie

Die Christdemokratie ist nicht tot. Sie kann wiederbelebt werden, indem man sie mit ihrer Quelle verbindet, und das Relationale Denken (RT) stellt diese Verbindung her. RT spielt die ökumenische Rolle, die gesamte Kirche in Europa zusammenzubringen, um eine Vision zu verfolgen, die in ihren biblischen Grundlagen verwurzelt ist. Gleichzeitig hat das RT eine universelle Anziehungskraft durch die zentrale Idee der Beziehung und die praktischen Wege, auf denen sie umgesetzt werden kann. [...]

Zusammenfassung der Argumentation

Wie der Name schon sagt, geht es bei der RT um Beziehungen. Dieser einfache, leicht zugängliche Begriff stellt sicher, dass das, worüber wir sprechen, sich mit der Realität verbindet, wie sie jeder bereits erlebt. Beziehungen sind nicht nur ein universelles Phänomen, sondern sie sind auch universell wichtig; die meisten Menschen werden erkennen, dass die Qualität ihres Lebens eng mit der Qualität ihrer Beziehungen zusammenhängt. RT nimmt diese Wahrheit auf und erweitert sie über den privaten Bereich hinaus, in dem „Beziehungen“ oft diskutiert werden, indem sie sie für die gesamte Beziehungsstruktur der Gesellschaft reflektiert. Wenn das öffentliche Leben – mit all seinen wirtschaftlichen und politischen Institutionen – durch eine beziehungsorientierte Linse betrachtet wird, wird die Bedeutung gesunder Beziehungen deutlich.

Doch was verstehen wir unter „gesund“? Von all den verschiedenen Begriffen, die wir verwenden könnten, ist der zentrale Begriff, den wir identifiziert haben, „brüderlich“. Beziehungen sind am gesündesten, wenn sie von der Wärme, der gegenseitigen Achtung und der Ordnung der Verwandtschaft geprägt sind (damit meinen wir die Verwandtschaft im besten Fall; wir wissen sehr wohl, welchen Schaden sie im schlechtesten Fall anrichten kann). Politisch gesehen fördert dies die Entwicklung einer blühenden Zivilgesellschaft. In dieser können die Menschen an einer Reihe ineinandergreifender Institutionen teilhaben, anstatt von unverhältnismäßig mächtigen Instanzen beherrscht zu werden, sei es die Regierung, die Nation im Sinne der kulturellen Definition, private Unternehmen oder auch die Familie.

Dieser allgemeine Überblick über Relationales Denken wird vertieft und präzisiert, indem wir untersuchen, wie es in der Bibel verankert ist. Wenn wir uns zunächst dem Alten Testament zuwenden, sehen wir dort eine politische Vision für das Volk Gottes, die durch Israel verkörpert wird. Aber Israel erreicht diese Vision nur teilweise, sie bleibt ein Ideal, das erst in der Zukunft verwirklicht werden soll. Wenn wir uns speziell auf die Tora und die Jubeljahrgesetze in Levitikus 25 konzentrieren, erhalten wir das Bild einer Gesellschaft, in der die politische Struktur aus organisch miteinander verbundenen Institutionen besteht. Im Mittelpunkt steht dabei die Umwelt und insbesondere Gottes Geschenk des allgemeinen Landbesitzes, das es jeder Familie ermöglicht, ein Haus zu bewirtschaften. Die Haushalte sind jedoch keine geschlossenen Einheiten; sie sind offen für Außenstehende und Teil größerer Netzwerke innerhalb von Sippe, Stamm und Nation. Um diese Struktur zu erhalten, darf keine Institution (einschließlich der Familie selbst) dominieren, und jedes kollektive Organ hat seine eigene Funktion. Auch das Wirtschaftsleben ist so gestaltet, dass diese Funktionen aufrechterhalten werden. Dieser Grundsatz gilt auch auf internationaler und transnationaler Ebene, wobei Israel in Bezug auf andere Nationen eine priesterliche Rolle einnimmt, indem es durch sein Beispiel leitet und lehrt, aber andere nicht zur Anpassung oder Unterwerfung zwingt.

Das Neue Testament greift dieses Ideal auf und formuliert es in zweierlei Weise neu. Erstens wird Jesus Christus als die perfekte Verkörperung des Beziehungslebens offenbart, das Israels Ideal war. Zweitens wird das Volk Gottes über die Grenzen Israels hinaus auf alle ausgedehnt, die unter der Autorität des gesalbten Königs, des Messias Jesus, der gestorben und auferstanden ist, leben. In der Kraft und Einheit des Geistes kann die politische Vision der Tora in der Kirche und ihrem internationalen Netzwerk von Haushalten gelebt werden, geleitet von den Vermittlern des Wortes Gottes. In dem Maße, wie sich dieses Reich entwickelt, muss es geeignete institutionelle Strukturen verankern, in denen die Beziehungsqualität von Verwandtschaft gepflegt werden kann, unabhängig davon, ob es sich dabei um interne Strukturen oder um Strukturen der Welt handelt, mit denen ihre Mitglieder interagieren.



Die von uns entwickelte biblische Perspektive auf die Politik stützt sich auf mehrere theologische Prämissen hinsichtlich der relationalen Natur der Wirklichkeit. Diese sind wie tragende Säulen, auf denen Relationales Denken seine Vision der Gesellschaft aufbaut. Sie alle gehen von der obersten dieser Prämissen aus, nämlich der relationalen Natur Gottes als Vater, Sohn und Geist. Von diesem Ausgangspunkt aus können wir formulieren, wie der Mensch, die nicht-menschliche Schöpfung, die Geschichte und die Bibel auf eine relationale Weise verstanden werden können. Diese Verbindung zur universellen Geschichte von Gottes Umgang mit der Schöpfung gibt dem RT das Potenzial für politische Relevanz, auch im heutigen Europa mit seinen sehr verschiedenen Rahmenbedingungen.

Damit RT bei der Neubelebung der Christdemokratie von Nutzen sein kann, darf es nicht ein isolierter Zweig des Denkens ... sein. Stattdessen muss es mit der europäischen Kirche auf der gemeinsamen Grundlage der großen christlichen Traditionen zusammenarbeiten. RT kann diese gemeinsame Basis herstellen, insbesondere mit der ganzheitlichen Beziehungsorientierung der Katholischen Soziallehre, der biblischen Fundierung des Evangelikalismus, den theologischen Grundlagen der Orthodoxie und der „Sphärensouveränität“ des reformierten Denkens. Die direkte Bezugnahme auf die Bibel als Rahmen für all diese traditionellen Ansätze bedeutet jedoch nicht, dass RT für die Welt außerhalb der Kirche irrelevant ist. Ihre Auffassung von wechselseitig abhängigen kollektiven Identitäten gibt Raum für die relationalen Impulse, die sowohl im Liberalismus als auch im Nationalismus zu finden sind.

Damit RT bei der Neubelebung der Christdemokratie von Nutzen sein kann, darf es nicht ein isolierter Zweig des Denkens ... sein. Stattdessen muss es mit der europäischen Kirche auf der gemeinsamen Grundlage der großen christlichen Traditionen zusammenarbeiten. RT kann diese gemeinsame Basis herstellen, insbesondere mit der ganzheitlichen Beziehungsorientierung der Katholischen Soziallehre, der biblischen Fundierung des Evangelikalismus, den theologischen Grundlagen der Orthodoxie und der „Sphärensouveränität“ des reformierten Denkens. Die direkte Bezugnahme auf die Bibel als Rahmen für all diese traditionellen Ansätze bedeutet jedoch nicht, dass RT für die Welt außerhalb der Kirche irrelevant ist. Ihre Auffassung von wechselseitig abhängigen kollektiven Identitäten gibt Raum für die relationalen Impulse, die sowohl im Liberalismus als auch im Nationalismus zu finden sind.

Um das RT vom Denken zum Handeln zu bringen, muss seine politische Anwendung realistisch verstanden werden. Dies beginnt mit der Definition ihrer Kernprinzipien, der Identifizierung von politischen Schlüsselbereichen, auf die sie abzielen kann, und der Schaffung der Prozesse, mit denen sie Veränderungen bewirken kann. Mit dem Leitgedanken eines „Zuhause für alle“ können gesunde Beziehungen auf allen Ebenen der Gesellschaft angestrebt werden. Innenpolitische Maßnahmen für allgemeines Wohneigentum verbinden sich mit einer transnationalen Politik für konföderale europäische Beziehungen, um dieses Ziel zu

erreichen. Der Prozess des Wandels kann sich jedoch nicht allein auf politische Veränderungen stützen. Relationales Denken kann in der Kirche und der Zivilgesellschaft gelebt werden, bevor auch nur eine einzige politische Maßnahme ergriffen wird.

Ein Weg nach vorn

Wir stehen vor einer Herausforderung. Einen einfachen Weg in die Zukunft gibt es für Christdemokratie nicht. Das einfache Konzept fruchtbarer Beziehungen hat nur dann ein transformatives Potenzial, wenn es durch den Handlungsrahmen unterstützt wird, den RT uns gibt. Die Entwicklung dieses Rahmens erfordert das Engagement für die Offenbarung Gottes durch Christus in dem vom Geist gesprochenen Wort. Nur wenn diese Verpflichtung ernst genommen wird, kann das immense Potenzial der Christdemokratie in Europa und darüber hinaus entfaltet werden. {...] Es liegt an den Praktikern auf allen Ebenen, dies weiter zu erforschen und die Agenda voranzutreiben. Ob Bürger, Kirchenführer, Beamte oder Politiker, alle haben eine Rolle zu spielen. Alle müssen jedoch bereit sein zusammenzuarbeiten (und nicht zu konkurrieren), wenn ihre individuellen Rollen Teil eines kraftvollen Ganzen werden sollen. Das ist die politische Vision von Gottes Haushalt:

„Ihr seid also jetzt nicht mehr Fremde und ohne Bürgerrecht, sondern Mitbürger der Heiligen und Hausgenossen Gottes. Ihr seid auf das Fundament der Apostel und Propheten gebaut; der Eckstein ist Christus Jesus selbst. In ihm wird der ganze Bau zusammengehalten und wächst zu einem heiligen Tempel im Herrn. Durch ihn werdet auch ihr zu einer Wohnung Gottes im Geist miterbaut.“ (Epheser 2,19-22).

Dies ist eine Vision davon, wie die Welt aussieht, wenn die Gesellschaft von wahrhaft christlichen Beziehungen geprägt wird. Dies ist keine körperlose Realität, keine vage Zukunftshoffnung oder etwas, das nur hinter den geschlossenen Türen unserer Kirchen geschieht. Es geschieht hier und jetzt in der Welt. Christdemokratie, die durch das Beziehungsdenken neu belebt wird, bietet eine einzigartige Chance, daran im öffentlichen Leben mitzuwirken.

Aus: Matthew N. Williams, A Relational Vision for Europe: Revitalising Christian Democracy Today (Sallux Publishing 2022), S. 77-80. Übersetzung: Karin Heepen. Veröffentlichung mit Genehmigung des Herausgebers.

Klausurtagung Bund-Länder 2022

Insolvenzen, Generationen und Gemeinschaft

Am 22. und 23. Juli 2022 fand das diesjährige Bund-Länder-Treffen von Bündnis C im Bildungshaus St. Ursula in Erfurt statt. Vertreter der jeweiligen Vorstände diskutierten dabei angeregt verschiedenste Themen, teilweise begleitet durch Vorträge sowie Videobeiträge.

Am ersten Tag standen zunächst das Eröffnungsgebet mit der Bitte um Gottes Segen und Gegenwart für die Veranstaltung und eine Vorstellungsrunde an. Hans-Jürgen Brozio von God@Work stellte den Teilnehmern anschließend die Themen „Insolvenz“ sowie „Generationen“ mit reichlich Begleitmaterial vor.

Auf Insolvenzen vorbereiten

Was ist die Wahrheit hinter der Aussetzung der Insolvenzanmeldungspflicht durch die Regierung? Was sind die unausweichlichen Konsequenzen? Welche Branchen werden am härtesten betroffen sein, und was werden weitreichende Betriebsschließungen für den Süden und Norden Deutschlands wirtschaftlich bedeuten? Unter welchen Aspekten ist eine Insolvenz noch zu betrachten? Reicht die finanzielle Perspektive aus oder müssen wir eine ganzheitliche Analyse in den Blick nehmen, die insbesondere auch die psychische Belastungssituation der durch eine Insolvenz belasteten Menschen betrachtet? Ein Psychotherapeut wurde mit folgendem Satz zitiert: „Die Tiefe der Zerstörung im Menschen kann bei einer Insolvenz durchaus größer sein als bei der Diagnose Krebs“. Wie kann Bündnis C den Betroffenen helfen, idealerweise bereits im Vorfeld, aber auch im Nachgang? All dies wurde durch die Beteiligten lebendig diskutiert und im Anschluss zur weiteren Bearbeitung in eine Arbeitsgruppe übergeben.

Als Zwischenfazit der bisherigen Diskussion lässt sich folgendes festhalten:

- Es rollt eine Welle der aufgeschobenen Insolvenzen auf uns zu, die einen Umfang von ca. 100 000 Firmen haben könnte. Reicht die bestehende Infrastruktur aus Fachleuten aus, um dies überhaupt bewältigen zu können?
- Im Umfeld von Insolvenzen fehlt es häufig an Wahrheit (Transparenz), Weisheit und Erkenntnis (Controlling, Budgets). Die Wahrheit ist dabei die Tür zur Frucht, die sich im Gegensatz zum Erfolg selbst reproduzieren kann.

- Eine Insolvenz ist für die Betroffenen nicht nur ein wirtschaftlicher Schaden, sondern vor allem auch ein geistlicher und gedanklicher Verlust.
- Es scheint so, als wenn die Politik das Thema aus dem Auge verloren hat. Umso mehr ergibt sich für Bündnis C die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Gleichzeitig werden die Netzwerke und Infrastrukturen christlicher Insolvenzberater recherchiert und zusammengetragen und so der Anfang eines interdisziplinären Bogens gespannt.

Die Generationen zusammenbringen

Das zweite Highlight des Tages war der Einstieg in das Thema „Generationen“. Hans-Jürgen Brozio betonte, dass es hierbei um das wichtigste Thema der Gegenwart ginge: Es zeigt das Herz Gottes als Vater mit seiner Sehnsucht nach Beziehungen.

Nach einer Einführung mit Erläuterungen, wie sich Humanismus und Wohlstand auf die Entwicklung des Generationenverständnisses ausgewirkt haben – verdeutlicht anhand vieler Beispiele aus der Praxis von God@Work – ging es darum, wie wir als Partei dem immer weiter auseinanderdriftenden Verständnis zwischen den Generationen entgegenwirken können. Betrachtet wurden die Nachkriegsgeneration, die Babyboomer und die sogenannten Generationen X, Y, Z und A. Was beschäftigt junge Menschen der Generationen Z und A (<26 Jahre) heute? Welche Ziele verfolgen sie? Sprechen wir noch alle dieselbe Sprache oder gibt es Verständigungsprobleme? Wie lassen sich die Herzen aller vereinigen? Verschiedenste Ansätze wurden intensiv diskutiert, wobei sich als wesentliches Zwischenergebnis folgende Kernpunkte festhalten lassen:

- Drei Generationen unter einem Dach sind die beste Lebens- und Rentenversicherung. Wie kann Wohnen mit mehreren Generationen unter einem Dach wieder attraktiv werden? Welches Fundament muss dazu neu gelegt werden?
- Ein Ziel könnte sein, die Neugier auf die jeweils andere Generation zu erhöhen. Wie kann das gelingen, welche Formate sind dazu notwendig? Was kann man voneinander lernen? Welche schlummernden Potentiale können dadurch gehoben werden?

- Was bedeutet Maleachi 3,24 konkret für uns heute, wenn es heißt: „Wende das Herz der Väter zu den Söhnen und das Herz der Söhne zu den Vätern, damit ich nicht das Land in den Bann schlagen muss“? Was geschieht im Umkehrschluss, wenn wir es weiter zulassen, dass sich die Generationen voneinander distanzieren?
- Ein wirtschaftlicher Indikator des Generationenproblems sind beispielsweise die 227 000 mittelständischen Unternehmen, die bis Ende 2020 einen Nachfolger suchten, oder die Notwendigkeit, in Firmen Kurse anzubieten, in denen man der älteren Generation die – vor allem digitale – Sprache der jungen Kollegen verständlich macht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass beide Themen tief ins Bewusstsein der Teilnehmer gerückt wurden, und hier eine Menge an politischer Arbeit vonnöten ist.

Gemeinschaft stärken

In der Kaffeepause beschrifteten alle Teilnehmer ein größeres Puzzleteil mit drei ihrer Leidenschaften. Es war erstaunlich, dass die Familie an erster Stelle stand, und als nachfolgende Leidenschaften bunte Tatsachen ans Licht kamen: Tanzen, schnelle Autos und Oldtimer, Lesen, Hühner, Angeln, in Ruhe ein Glas Wein, Whiskey oder eine Zigarre genießen ... Das Ergebnis war, dass sich durch gleiche Leidenschaften bessere Kontakte knüpfen konnten!

Nach dem Abendessen ging es zum Gebet in die Kapelle. Hier spürte man beim Lobpreis den Heiligen Geist! Anschließend bewies unsere Bundesvorsitzende ihr Talent in der Stadtführung und jeder konnte Erfurt als beeindruckende, wunderschöne, Geschichte erzählende Stadt erleben. Vor allem der „Eiskrämer“ hat Eindruck für jeden Geschmack hinterlassen.

Am Samstag ging es nach dem Frühstück mit einem Video von Micha Schlittenhardt weiter, das die vielfältigen Möglichkeiten zur Mediennutzung zeigte. Danach wurde der Umgang mit verschiedenen politischen Positionen in den Landesverbänden diskutiert, um weiterhin gemeinsames Wirken zu verstärken.

Stabilisierung und Stärkung der Landesverbände war der Schwerpunkt am Nachmittag. Dazu hörten wir einen Videovortrag über die gesellschaftstransformierende Kraft von Zions-Orten am Beispiel der Keltischen Kirche und späterer geistlicher Bewegungen. Wir überlegten gemeinsam, welche Anregungen wir daraus in den Verbänden vor Ort aufnehmen und leben können.

Nach einigen Fragen zur Vorbereitung des Bundesparteitages am 12. November wurde gegen 17 Uhr das Bund-Länder-Treffen beendet. Im Ergebnis war jeder zufrieden, begeistert und sehr bewegt, weil Einheit in dieser Tagung herrschte. Schade ist, dass wir alle in Deutschland verstreut wohnen. Sonst gäbe es sicher öfter auch private Treffen der Mitglieder.

*Thomas Claus, Horst Wodarz,
Frank Brandenburg, Annette König*



Offener Brief an die CDU-Landtagsfraktion Saarland

Jetzt christliche Neuausrichtung!

**Sehr geehrte Damen und Herren
Landtagsabgeordnete,**

wir sind Bündnis C – Christen für Deutschland. Unsere Partei ist die christliche Alternative für Wähler, die mehr als nur ein C im Parteinamen suchen.

Nach dem Absturz der CDU im Saarland erlauben wir uns, Sie auf die Wählbarkeit der CDU anzusprechen, die wir erschreckend orientierungslos erleben. In dem Maße, wie die CDU ihr christliches Fundament in den letzten Jahrzehnten sukzessive verlassen hat, wurde der Anschluss wahlweise an sozialdemokratische, grün-neomarxistische und liberalistische Trends gesucht. Die Aufgabe sowohl christlicher wie spätestens mit der Corona-Politik auch demokratischer Prinzipien hat das für Deutschland über Jahrzehnte staatstragende Erfolgsmodell der Christdemokratie ausgehöhlt. Besorgniserregend ist der Trend zu einem Paternalismus, wo Subsidiarität und Eigenverantwortung staatlicher Betreuung und Bevormundung geopfert wurden. Beispielgebend erinnern wir an einen Werbeslogan zur Bundestagswahl: „Sicherheit ist, wenn ich mir darüber keine Gedanken machen muss“. Wie gefährlich die wirtschaftliche und militärische Sicherheit Deutschlands unter der CDU-Regierung korrumpiert wurde, tritt spätestens jetzt zutage. Allein bei der Abhängigkeit von russischem Gas handelt es sich um grobe Fahrlässigkeit gegenüber den Bürgern.

Als Bündnis C laden wir all diejenigen ein, die das C im Parteinamen auch in der Politik sehen wollen – gerade jetzt, wo Deutschland und Europa an einem neuen

Selbstbild arbeiten müssen. Wir leben in einem gesellschaftlichen Umbruch, wo die bisherigen politischen und wirtschaftlichen Glaubenssätze zerfallen und neue Konzepte auf einem tragfähigen Fundament gebraucht werden.

In Bündnis C entwickeln wir zusammen mit unseren europäischen Partnern ein beziehungsorientiertes Wirtschafts- und Finanzsystem auf der Basis biblischer Prinzipien. Wir wissen die Natur, das Klima und unsere Erde in der Hand des Schöpfers und verstehen uns als verantwortliche Haushalter, ohne menschliche Rettungsutopien. Wir schützen das Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod und geben Familien Priorität in allen Politikfeldern. In alldem sehen wir den Menschen als Geschöpf Gottes mit einer unantastbaren Würde statt als Objekt ideologischer und medizinischer Experimente.

Ob mit oder ohne politisches Mandat: nehmen Sie jetzt Ihre Verantwortung vor Gott und Menschen in der gebotenen christlichen Neuausrichtung wahr! Wir freuen uns darauf, mit Ihnen zusammen auf dem sicheren Fundament unserer christlichen Prägung für Deutschland Wege aus den Krisen zu bahnen.

Unter www.buendnis-c.de finden Sie unser Programmangebot und vieles mehr. Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, sprechen Sie uns gern persönlich an.

Es grüßt Sie und wünscht Ihnen Gottes Segen

Der Bundesvorstand von

Bündnis C – Christen für Deutschland

Gebetsaufruf

Liebe Mitglieder und Freunde,

ich möchte Sie zuerst mit einem Bibelvers grüßen:

Die Ernte ist groß, aber es gibt nur wenige Arbeiter. Darum bittet den Herrn, dass er noch mehr Arbeiter aussendet, die seine Ernte einbringen. (Lk 10,2)

Wir sind dankbar für unsere Beter, die im Hintergrund für den Bundesvorstand und die Landesverbände beten. Warum ist das so wichtig? Wir spüren diese Gebete und sind dankbar, zu wissen, dass es die Wächter im Hintergrund gibt. Die Ernte ist groß – was heißt das für uns? Es gibt viel zu tun in unserem Land und

gerade jetzt gute Konzepte zu erarbeiten, die auf dem Wort Gottes basieren und Lösungen anbieten. Es fehlen uns auch Arbeiter, neue Mitglieder im ganzen Bundesgebiet, die bereit sind, sich von Gott gebrauchen zu lassen und ein Herz für Politik haben. Es ist unser Wunsch, dass es in jedem Bundesland einen Landesverband gibt, der stabil ist und gesund wächst.

Wir freuen uns über weitere Beter, die Bündnis C immer wieder vor den Thron Gottes bringen, auf ihn hören und uns auch Eindrücke weitergeben. Wir sind dankbar für jede Rückmeldung, die wir erhalten. Jeden Monat gibt es einen neuen Gebetsbrief. Es ist uns wichtig, dass dieser vertraulich behandelt und nicht in öffentlichen Medien verteilt wird. Wenn Sie gerne mit-

beten und regelmäßig per Mail oder per Post den Brief erhalten möchten, senden Sie bitte eine Mail an info@buendnis-c.de oder rufen Sie in der Bundesgeschäftsstelle an.



Verena
Thümmel

Beisitzerin im
Bundesvorstand

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, liebe Unterstützer,

vielen herzlichen Dank für die Spenden und den Segen, den Sie damit stiften. Besonders möchte ich mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die für die Stelle des Bundesgeschäftsführers spenden und diese Stelle auch weiterhin durch ihren Dauerauftrag möglich machen. Mit Stefan Melchien, der sich im letzten Heft vorgestellt hat, konnten wir zusätzlich eine kompetente Ergänzung für die Geschäftsstelle auf Mini-Job-Basis einstellen. Er ist mittlerweile eingearbeitet und kann einige der vielen kleinen Vorgänge, die in der Geschäftsstelle anfallen, übernehmen und dabei unterstützen. Wir danken Ihnen herzlich, dass Sie auch das mit ihrer Spende möglich gemacht haben.

Wir sind im Moment in einer interessanten Zeit des Umbruchs und der Krisen, in der viele Menschen auf der Suche nach Werten und Halt sind. Wir glauben, durch unsere Arbeit einen wichtigen Beitrag auf politischer Ebene leisten zu können. Leider blieben auch wir nicht verschont von Teuerungen und Inflation. So sind zum Beispiel die Druckkosten für die Eindruck-Hefte und Flyer gestiegen. Teilweise gab es bei der Lieferung von Papier Engpässe und längere Produktionszeiten als gewöhnlich.

Auch wir als Bundesgeschäftsstelle wollen unseren Beitrag zur Senkung der Fixkosten der Partei leisten und haben unsere Stundenzahl um insgesamt 6 Stun-

den pro Woche reduziert, um so die finanzielle Situation der Partei mit zu stabilisieren. Dies ist möglich, solange keine bundesweiten Wahlen anstehen und deshalb der in der Geschäftsstelle anfallende Arbeitsaufwand geringer ist.

Bitte unterstützen Sie uns weiterhin großzügig mit Ihren Spenden. Dies müssen nicht immer große Beträge sein. Gerne können Sie dies auch mit der Einrichtung eines Dauerauftrages z. B. über 10 € im Monat tun und damit viel bewegen. Jede Spende hilft, unsere Arbeit auszubauen und mit Bündnis C eine christliche Wahlalternative in Deutschland anzubieten.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.
Seien Sie gesegnet!



Daniel Gräber

Bundes-
geschäftsführer
Bündnis C

Aus den Landesverbänden

Niedersachsen

Landtagswahl am 9. Oktober 2022

Das Bündnis C Team Niedersachsen ist bis Ende Juli unterwegs, um die 2000 Unterstützungsunterschriften für die bevorstehende Landtagswahl zu sammeln. Wir können davon ausgehen, dass wir auf ca. 1100 gestempelte Unterschriften bis zum Abgabedatum am 1. August 2022 beim Wahlamt in Hannover kommen. Alle sind engagiert dabei, jeder an seinem Platz. Wir haben leider nur in wenigen freien Gemeinden die Möglichkeit bekommen, vor Ort Unterschriften zu erhalten. Hermann Bohnenkamp hat von ca. zwölf angefragten Gemeinden Absagen bekommen. Das ist sehr ernüchternd. Wenn uns zukünftig mehr Gemeinden die Tür öffnen würden, wäre das eine große Arbeitserleichterung für uns. Wir sind fast täglich auch in Privathaushalten gewesen und haben um Unterstützung gebeten. Das war zum Teil sehr mühsam, Ablehnung und Misstrauen waren leider vielfach vorhanden. Das Sammeln im persönlichen Umfeld gestaltete sich wesentlich unproblematischer. Die Menschen kennen uns als Person und die Partei und haben gern mitgewirkt.

Darüber hinaus ist es uns in Bad Essen gelungen, zu einem Informationsabend zum Thema „Christ und Politik – ist das möglich?“ einzuladen. Hermann Bohnenkamp als Kreisvorsitzender Osnabrück Stadt und Land hielt den Vortrag und Annegret Spilker stellte anschließend die von uns entwickelten Eckpunkte von Bündnis C zur Landtagswahl Niedersachsen vor. Sechs Zuhörer waren gekommen. Der Austausch unter den Teilnehmern war für alle Besucher hilfreich auf dem Weg zur eigenen politischen Standortbestimmung.

Von drei vorgeschlagenen Direktkandidaten hat es nach dem Wahlrecht nur Hermann Bohnenkamp in Bad Essen geschafft, für die Landtagswahl aufgestellt zu werden. Für ihn gibt es jetzt die Chance, über den NDR Kandidatencheck unsere politischen Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen. Plakate werden entworfen, das Aufhängen in den umliegenden Ortschaften sowie das Verteilen der Faltblätter in Bad Essen und im Wahlkreis 74 Melle sind zu organisieren. Die Stellwände der 17 Gemeinden müssen mit unseren Plakaten beklebt werden, oft zwei oder drei Mal, da nicht genug Platz für alle Parteien und das Überkleben an der Tagesordnung ist. Dank einer Spende für das örtliche Haus-

haltsblättchen wird das Verteilen der Faltblätter diesmal leichter für uns sein. Wir danken an dieser Stelle der Spenderin!

Wir sind mit dem Wunsch, unsere politischen Positionen stärker in die Öffentlichkeit zu tragen und damit bekannter zu werden, mit unserer Teilnahme an der Landtagswahl ein Stück vorangekommen und freuen uns darüber. Gott segne alles Bemühen und schenke Gelingen für die zukünftige Arbeit



**Annegret
Spilker**

Beisitzerin
Landesvorstand
Niedersachsen

Unser Direktkandidat zur Landtagswahl

Hermann Bohnenkamp

Ich bin 66 Jahre alt, verheiratet und wohne in Bad Essen. Ich bin seit 2003 in der christlichen Politik, von 2016 bis 2021 mit einem Kommunalmandat im Gemeinderat Bad Essen. Seit 1. Januar 2022 bin ich Rentner. Mein Anliegen ist es, die christlichen Werte wie Liebe, Treue, Gerechtigkeit und gute Beziehungen in unsere Gesellschaft zu tragen. Ich möchte mich u. a. dafür einsetzen:

1. Lebensrecht von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod
- Weniger Schwangerschaftsabbrüche



- Stärkere finanzielle Hilfe für Schwangere in Konfliktsituationen
- Größere gesellschaftliche Akzeptanz von Kindern
- Integration und gute medizinische Versorgung für Menschen mit Beeinträchtigungen
- Stärkung der Palliativmedizin und Suizidprävention.

2. Stärkung von Familien

- Flexible Arbeitszeitmodelle für junge Familien
- Freie Wählbarkeit von Berufs- und Erziehungszeiten mit einem Erziehungsgehalt
- Gleiche Bildungschancen für Kinder aller Gesellschaftsschichten
- Gesetzliche Grundrente für ein menschenwürdiges Leben im Alter.

3. Soziale Gerechtigkeit

- Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern
- Berufsausbildung für alle mit Bleiberecht
- Sicherung von Arbeitsplätzen und flächendeckende Tarifverträge
- Preise für Energie und Lebensmittel stabilisieren.

Bibel und Politik – ist das möglich?

1. Begriffserklärungen

Eine interessante Frage, die durch die Bibel und durch gesellschaftliche Zusammenhänge eine überraschend klare Antwort findet. Einige Begriffe möchte ich zum besseren Verständnis erklären.

- Politik: „Maßnahme zur Führung, Erhaltung, inneren Verwaltung eines Staates, eines Gemeinwesens sowie zur Wahrung seiner Interessen und Ziele im Verhältnis zu anderen Staaten und Gemeinwesen.“ (Duden, S. 573).
- Obrigkeit: „Mit Obrigkeit können in der Bibel die zivilen Regierungspersonen, Behörden und Beamte (Lk 12,11; Röm 13,1-3; 1Tim 2,2; Tit 3,1), auch der römische Statthalter sowie die militärischen Vorgesetzten bezeichnet werden.“ (Lexikon zur Bibel, S. 864).
- Regieren, Regierung: „Regierung und regieren bezeichnen menschliche Herrschaft und Leitung, gute wie schlechte, die politische wie auch die geistliche Regierung der Führer des Volkes (Ri 5,7; Ps 78,72; Jes 32,7; Jer 23,10) bis hin zur gottgewollten Ordnung im Familienleben (1Tim. 5,4).“ (Lexikon zur Bibel, S. 960).
- Ordnung, ordnen, ordentlich. „Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens.“ (1Kor

14,33). Diese Aussage des Paulus spiegelt am deutlichsten das Wesen biblischer Ordnung wider. Ordnung und Frieden entsprechen einander, wie auch Unordnung und Unfrieden einander entsprechen. Ordnung ist das Walten, das den Frieden schafft und ihn zu bewahren vermag. Wo Ordnung das Handeln bestimmt, kommt jedes Ding ‚in Ordnung‘. Im Schaffen von Ordnung kann man also ein Grundmuster von Gottes Handeln sehen.“ (Lexikon zur Bibel, S. 879).

2. Das Leben von Daniel

Aus dem Alten Testament möchte ich zwei Männer herausgreifen mit einem hervorragenden politischen Einfluss. Als erstes Daniel, der als junger Mann im dritten Jahr des Königs Jojakim (605 v. Chr., Dan 1,1) nach Babylon verschleppt wurde. „Seine Herkunft ist von einem vornehmen Geschlecht. Daniel bedeutet „Gott ist mein Richter“. Die Stellung Daniels war die eines Staatsmannes in der Regierung am Hof Nebukadnezars und Belsazars. Nach der Eroberung Babylons durch die Meder und Perser erklimmt Daniel die höchsten Spitzen und wird unter Darius zum ersten von drei Kanzlern gemacht.“ (Bohnenkamp, S. 26).

Daniel wurde sein Erfolg geneidet. Seine Untergebenen und Konkurrenten machten aus Eifersucht einen Komplott gegen ihn, beschuldigten ihn. Gottes Bewahrung in der Löwengrube beweist seine Unschuld (Dan 6,11ff). Immer wieder kann Daniel mit seinen Traumdeutungen wichtige Hinweise auf den lebendigen Gott geben (Dan 2+4).

3. Das Leben von David

Die zweite Person aus dem Alten Testament ist König David, der von Gott von den Hürden an den Königshof berufen wird. Nach den ersten außenpolitischen Siegen bekommt er Ruhe in sein Reich und macht Jerusalem zur Hauptstadt. Der tägliche Gottesdienst wurde wieder aufgenommen nach der Überführung der Bundeslade. Die Dienstabteilungen mit Priestern, Sängern und Leviten mit Dienst an Lade und Zelt wurden gestartet und mit einer geregelten Ablösung versehen. David ist der größte König Israels, ihm gelingt die Einigung Israels und der Sieg über die Nachbarvölker.

Bei Daniel und David ist gut und deutlich zu sehen, dass gläubig sein, d.h. Vertrauen in Gott, und Politik Hand in Hand gehen. Positiver Einfluss, sprich der Segen Gottes, breitet sich aus in Daniels Umfeld und Davids Reich

4. Wie kann man Bibel und Politik zum Erfolgsmodell machen?

Der biblische Glaube fördert und motiviert zu gesellschaftlicher Teilhabe und Gestaltung. Er ist eine Einladung zum Mitmachen. Ob das im kleinen oder großen Rahmen ist, ist eine andere Frage. Wir sollen Stellung beziehen, uns zu Themen äußern, uns einmischen.

In Spr 8,15f heißt es: „Durch mich regieren die Könige und setzen die Ratsherren das Recht. Durch mich herrschen die Fürsten und die Edlen richten auf Erden.“ Dabei ist Gottes Weisheit, bewusst oder unbewusst, die Grundlage des rechten Regierens. Gottes Weisheit schafft gute Regierungen. Andersherum: Die Torheit, die Dummheit der Menschen schaffen schlechte Regierungen, wobei die Bibel mit Torheit die Ignoranz Gottes und seines Wortes meint. Die christlichen Eigenschaften müssen in die Politik. Wenn das nicht der Fall ist, kommt unchristliche, nämlich gottlose Politik in die Gesellschaft, wie z. B. in Nordkorea, wo das Ausprobieren von Atomwaffen wichtiger ist als die Bedürfnisse und der Hunger des Volkes.

Ri 5,7: „Starke fehlten, in Israel fehlten sie, bis du, Debora, aufstandest, bis du aufstandest, eine Mutter in Israel.“ Mit Gottes Hilfe konnten Debora und Barak mit einem Heer einen Sieg über Jabin, den König von Kanaan, erreichen und hatten 40 Jahre Ruhe.

Eine wichtige Stelle für das Wirken von Christen in der Politik ist Spr 28,2: „Um des Landes willen wechseln häufig seine Herren; aber durch einen verständigen und vernünftigen Mann gewinnt das Recht Bestand.“ Wie kann das Recht Bestand gewinnen? Wie kann es besser werden? Wie kann Gutes in der Gesellschaft entstehen? Mit einem verständigen und vernünftigen Mann wird es gehen. Nicht nur Christ sein, sondern sich als Christ in die Politik einmischen.

Im Alten Testament zeigen uns die 10 Gebote in 2Mose 20, was Gott alles nicht gefällt. In der Geschichte vom reichen Jüngling (Mt 19,16-26) sagt Jesus: „Willst du aber zum Leben eingehen, so halte die Gebote. Da sprach er zu ihm: Welche? Jesus aber sprach: »Du sollst nicht töten; du sollst nicht ehebrechen; du sollst nicht stehlen; du sollst nicht falsch Zeugnis geben; ehre Vater und Mutter« (2Mose 20,12-16); und: »Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst« (3Mose 19,18).“ Diese Gebote sind keine Privatsache. Es betrifft die Familie, die Nachbarschaft, die Arbeit, den Freundeskreis, die Verwandtschaft, somit die ganze Gesellschaft. Und das ist Politik und wonach die Ge-

setze gemacht sein sollten: Maßnahmen zur Führung, Erhaltung und inneren Verwaltung eines Staates. Es geht um einen guten Umgang miteinander, um gute Beziehungen, da wo jeder sich in unserer Gesellschaft befindet.

Diese Gebote aus der Bibel sind eine Norm (Richtschnur, Regel), an die wir uns halten sollen. Für die Regierung ist es wichtig, eine Gerechtigkeit und Fairness in der Gesetzgebung zu gewährleisten, die sowohl die Reichen als auch die Armen und Schwachen gerecht behandelt.

„Der Erlösungswille Gottes steht auch hinter allen Ordnungen, die er dem gefallen Menschen gesetzt hat. Weil in der Welt Unordnung und Unfriede, Mord und Totschlag herrschen würden, darum hat Gott die Ordnung der Obrigkeit eingesetzt (Röm 13,1f) als bewahrende Mauer und mahnender Ruf für den, der das Böse tun will; als Gottes Dienerin und Rächerin zur Strafe über den, der Böses tut.“ (Lexikon zur Bibel, S. 879). Unsere Einstellung soll respektvoll gegenüber der Obrigkeit sein und sie im Gebet unterstützen.

5. Wie können wir denn leben?

Das ist eine Frage aus dem letzten Teil von Hesekiel 33,10. Wenn christliche Politik ein Stück weit mithelfen kann, dass Menschen friedvoll und mit einer vergebenden Grundeinstellung zusammenleben, dann ist etwas Großes passiert. Zu Gott umzukehren, zu seinen Ordnungen und Geboten ist das, was wir brauchen, um die Welt neu zu gestalten.

Bibel und Politik – ist das möglich? Am besten Hand in Hand. Diese Lebensaufgabe im Team gilt es anzugehen, gezielt und nachhaltig. Die Veränderung und Umkehr zur Norm gelingen nur über den lebendigen Glauben an Jesus. Er gibt Liebe, Kraft und Besonnenheit.

*Hermann Bohnenkamp
Stellvertretender Landesvorsitzender,
Beisitzer im Bundesvorstand*

Quellenangaben:

- Wolfgang Müller, *Das Fremdwörterbuch DUDEN, Band 5* (Mannheim: Dudenverlag 1974)
- Fritz Rienecker u. a., *Lexikon zur Bibel, 5. Aufl.* (Stuttgart: SCM R.Brockhaus 2021)
- Hermann Bohnenkamp, *Predigten – Die Wahrheit muss raus* (Chisinau: Fromm Verlag 2019)

Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Landtagswahl und Landesparteitag

Dankbar blicken wir auf die Landtagswahl am 8. Mai 2022 in Schleswig-Holstein zurück. Unsere beiden Kandidaten Dr. Hans-Christoph Hushahn für den Wahlkreis Pinneberg-Nord und Hans Martin Konzelmann für den Wahlkreis Norderstedt erhielten je 0,2 Prozent der Wählerstimmen. Wir konnten uns mit unserem Wahlprogramm präsentieren und neue Parteimitglieder gewinnen. Auf dem Landesparteitag am 11. Juli 2022 in Quickborn beschäftigten wir uns auf der Grundlage des positiven Rückblicks mit der weiteren Gestaltung der Parteiarbeit in Schleswig-Holstein. Die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im Mai 2023 ist die nächste Aufgabe.



Ein Schwerpunkt der Parteiarbeit soll es sein, die jüngere Generation zu erreichen. Wir freuen uns deshalb sehr, dass Hendrick Luttmann aus Norderstedt zum Beisitzer im Landesvorstand gewählt werden konnte. Er ist mit seinen 24 Jahren hervorragend geeignet, junge Menschen zu aktivieren. Wir haben uns vorgenommen, die wichtigsten Parteifelder herauszuarbeiten und die für Schleswig-Holstein zentralen Themen zusammenzustellen. Die junge Generation möchten wir durch positive christliche Visionen motivieren und erreichen.

Wir haben bisher nur eine kleine Kraft und begrenzte Möglichkeiten. Aber wir werden immer wieder durch Parteimitglieder ermutigt, die uns schreiben oder anrufen und uns im Gebet unterstützen. Dies macht Mut und gibt uns die Kraft weiterzumachen und dranzubleiben.

Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein



Nordrhein-Westfalen

Ergebnisse der Landtagswahl am 15. Mai 2022

Ich habe in den letzten zwei Jahren bereits etwas Realpolitik auf kommunaler Ebene mit dem Ratsmandat, das wir mit Bündnis C bei den Kommunalen Wahlen im Jahre 2020 gewinnen konnten, geschnuppert. Mit unseren äußerst bescheidenen Wahlergebnissen bei der Landtagswahl (0,54 % im Land, 2 % in Espelkamp) lässt sich leider keine Realpolitik auf Landesebene betreiben. Aber das war abzusehen.

Ich sah und sehe den Sinn für die Beteiligung von Bündnis C an den Wahlen in Deutschland im Zeugnisgeben für Jesus Christus, für göttliche Wahrheiten, für christliche, ethisch-moralische Werte.

Die Wahlplakate und Flyer waren gut. Ich konnte einmal an einer Podiumsdiskussion der Wahlkreiskandidaten der IHK in Lübbecke teilnehmen. An einem Tag war ich mit anderen Kandidaten an vier Schulen, wo ebenfalls Gelegenheit war, den Schülern den beziehungsorientierten Politikansatz von Bündnis C zu erklären, aus einer intakten Beziehung zu Gott intakte Beziehung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern.



Wir haben im Wahlkampf etwa 700 Bleistifte mit dem Bündnis C Logo verteilt, einige hundert Kugelschreiber, mehrere hundert Wahlflyer. Einen Infostand hatten wir in Espelkamp. Es haben sich vier Mitglieder und Sympathisanten mit mir vor Ort engagiert eingebracht.

So konnten wir, glaube ich, etwas zur Ehre Gottes bewirken. Möge Gott aus Wenigem mehr machen, unsere leider doch so gottlose Gesellschaft verändern und Menschen für die Ewigkeit gewinnen.

Dietrich Janzen

Vorsitzender
Kreisverband
Minden-Lübbecke



Liebe Freundinnen und Freunde von Bündnis C,

auch wenn wir es als Landesverband leider nicht geschafft haben, die geforderte Anzahl an Unterstützungsunterschriften beizubringen, haben sich zwei Kandidaten für Bündnis C in ihrer Region aufstellen lassen. Ich trat im Wahlkreis 40 Mettmann IV an und erhielt trotz der angespannten Lage 141 Stimmen, was ich als klares Signal für Bündnis C verstand.

Wichtig war uns, der Bevölkerung in NRW die Möglichkeit zu bieten, ihre Stimme mit reinem Gewissen abzugeben. Zudem konnten wir mit vielen Menschen über Jesus Christus sprechen. Aus diesem Grund möchte ich mich erneut im Namen des Verbandes bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern bedanken.

Wir haben in Velbert ca. 250 Plakate auf- und wieder abgehängt. Es gab zwei Zeitungsartikel, einen davon in der in unserer Region renommierten Zeitung für Politik und christliche Kultur, der Rheinischen Post. Das Gebet und Fürbitte haben mit dafür gesorgt, dass wir als junger Landesverband den anstehenden Aufgaben mutig begegnen konnten. Resilienz, Freude und Motivation, aber auch Gelassenheit wurden mir insbesondere durch die Gnade Gottes zuteil.

An diese anfänglichen Erfolge anknüpfen zu dürfen, halte ich für ein wunderbares Gebetsanliegen. Viel Mut

und Kraft für die vor uns liegende Zeit. Es ist mir eine Freude mit euch, liebe Geschwister, im Geiste verbunden sein zu dürfen.



Marcel Stubbe

Landesverband
Nordrhein-Westfalen

Landesparteitag am 18. Juni 2022 in Krefeld

Am 18. Juni fand im Evangeliumshaus der Christengemeinde Krefeld der kurzfristig geplante Landesparteitag von Bündnis C NRW statt. Als Moderatorin war Verena Thümmel vom Bundesvorstand in unserer Mitte. Hauptthema war die Wahl eines neuen Landesvorstandes. Anwesend waren anfänglich 14 Mitglieder, zwei haben sich aus persönlichen Gründen vorzeitig verabschiedet. Erfreulicherweise waren einige Interessenten aus Krefeld anwesend.

Durch den Rücktritt des alten Vorstandes befanden wir uns schnell in einer geistlich sehr umkämpften Situation. Sie hatte ihren Anfang damit genommen, dass Bündnis C nicht mit einer Landesliste bei der NRW Landtagswahl antrat. Grund waren zu wenig Unterstützungsunterschriften. Als zusätzliche Herausforderung zeigte sich erst im Laufe des Parteitages, dass bei fehlender Konstituierung eines neuen Vorstandes eine Auflösung des Verbandes die Folge sein würde. Das widerspräche völlig meiner persönlichen Einstellung zu Bündnis C als einem von Gott gewollten geistlichen Werk in der politischen Landschaft unseres Bundeslandes.

Ich bin sehr froh, dass drei Geschwister sich der Vorstandsverantwortung stellten und durch die 12 anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gewählt wurden:

- Klaus-Jürgen Pütz als Landesvorsitzender
- Norman Kerner als Stellvertretender Vorsitzender
- Rimma Fast als Schatzmeisterin.

Bitte betet für uns, dass wir der Verantwortung vor Gott und den Menschen gerecht werden.



Warum ich Bündnis C beigetreten bin

Die in der Bibel begründete Abhängigkeit und Verantwortung von Regierungen vor Gott wurde in den letzten Jahren in zunehmender Weise aufgegeben. Stattdessen wurde die Verantwortung auf die rein menschliche Ebene reduziert und dem Eigenwillen viel Raum gegeben. Dadurch ging viel Segen verloren.

Mit gutem Gewissen wählen zu können, wurde für mich von Wahl zu Wahl unmöglicher. Dann lernte ich Karin Heepen kennen über die Gebetsinitiative „Erbarmen über Deutschland“. Dort waren wir mehrfach in Gebetsgruppen verbunden. Auch das eindeutige Votum auf der Website von Bündnis C für diese Gebetsinitiative verstärkte meine Bereitschaft, Mitglied zu werden. Ein Blick in das Parteiprogramm machte mir deutlich: Hier bin ich richtig!

Nach meinem Beitritt am 16. August 2021 in Bündnis C, fünf Wochen vor der Bundestagswahl am 26. September, plakatierten Marcel Stubbe und ich in Krefeld für Bündnis C. Als wir die Plakate wieder einsammelten, sprach uns eine Frau an. Sie erzählte uns, dass sie ihre Stimme für Bündnis C gegeben hatte, weil sie die Aussage des Plakats „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ motivierte.

Ich bin davon überzeugt, dass Bündnis C ein von Gott, dem Vater, in Jesus Christus bereitetes Werk ist. Entsprechend der Aussage im Epheserbrief 2,10 ist Bündnis C zuallererst ein geistliches Werk, das in der politischen Landschaft zwar als Partei wahrgenommen wird, aber im Grunde genommen viel mehr ist. Ich kann nicht beten „Vater, dein Wille geschehe“ und gebe dann bei Wahlen Parteien meine Stimme, die sich in den letzten

Jahrzehnten immer weiter von Gottes Willen entfernt haben und von seinen Geboten, die zum Segen und zum gelingenden Leben dem Volk gegeben sind.

Das bedeutet, dass meine Stimme ein Votum für JESUS CHRISTUS, seine Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe ist. Das gilt auch für die 10128 Zweitstimmen in NRW und 39868 im Bundesgebiet, die am 26. September 2021 bei der Bundestagswahl für Bündnis C abgegeben wurden. Ich glaube fest, dass diese Stimmen vor unserem HERRN eine andere Bedeutung haben als Stimmen nach weltlichen Maßstäben.

Ich will IHM mit gleichgesinnten Geschwistern in Bündnis C dienen.



Klaus-Jürgen
Pütz

Landesvorsitzender
Nordrhein-Westfalen

EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter buendnis-c.de/eindruck-magazin/ können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



Mecklenburg-Vorpommern

Landesparteitag mit Wahl eines neuen Vorstandes

Am 14. Mai 2022 trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern in Serrahn zum Landesparteitag.

Nach der Begrüßung durch Christian Hauser hielt Olaf Magath einleitend eine Andacht zum Thema „Ihr seid das Salz der Erde und das Licht der Welt (Mt 5, 13-16). Warum Salz? Salz kann Licht reflektieren, wenn eine Lichtquelle darauf strahlt. Ein Einzelner kann dann auch Licht sein. Ein kleines Licht kann Menschen helfen, das Licht der Welt – Jesus – zu erkennen. Ohne ihn können wir nichts tun.

Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung und der Wahl des Protokollführers gab Ute Büschkens-Schmidt einen Bericht über Aktivitäten im Bundesverband.

Viel Interesse fand der anschließende Vortrag „Evolution im Lichte der wissenschaftlichen Methode“ von Henry Dalcke. Henry Dalcke beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema „Kreationismus kontra Evolution“. Er erklärte, dass die Evolutionstheorie lediglich eine Interpretation der zu beobachtenden Sachlage auf Basis nicht überprüfbarer Annahmen über die Vergangenheit sei, der eine naturalistische Weltanschauung zugrunde liegt. Anhand von genetischen Algorithmen und Rekombinationsberechnungen stellte er dar, wie Ähnlichkeiten im Fossilbefund und zwischen heute noch lebenden Tieren und Pflanzen auch ebenso gut durch die „Grundtypenhypothese“ erklärt werden können. Er führte die Zuhörer durch seine Internetpräsenz „Kreationeum.de“ und zeigte auf, wie wissenschaftliche Arbeit funktioniert und dass sich die Evolutionsforschung der wissenschaftlichen Methode entzieht. Damit hat die Evolutionstheorie keinen Alleinwirkungsanspruch, sondern ist wenig mehr als eine Glaubenssache.

Aufgrund der vielen Fragen an den Vortragenden schritt die Zeit schnell voran, so dass der Vortrag von Christian Hauser „Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern“ auf die nächste Veranstaltung verlagert wurde.

Nach dem Mittagessen gaben Christian Hauser, Ute Büschkens-Schmidt und Manfred Schmidt als Schatzmeister einen Rechenschaftsbericht über die vergangene Wahlperiode ab. Es erfolgte die Entlastung des Landesvorstandes durch die Mitglieder.



Im Zuge der Einladung zum Landesparteitag hatte Ute Büschkens-Schmidt eine Übersicht potentieller Aufgaben für den Landesvorstand zusammengestellt. Vor der Neuwahl des Vorstandes wies sie noch einmal darauf hin, dass von den neu zu wählenden Vorstandsmitgliedern möglichst viele dieser Aufgaben wahrgenommen werden sollten. „Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker ... und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe“ (Mt 28,19f) ist auch eine politische Aufgabe, der wir uns trotz vieler beruflicher, gemeindlicher oder privater Verpflichtungen weiter stellen wollen.

Bei der anschließenden Wahl wurde Christian Hauser zum Landesvorsitzenden wiedergewählt, als Stellvertreter Ute Büschkens-Schmidt und Arne Gericke. Schatzmeister bleibt Manfred Schmidt und sein Stellvertreter Wilhelm Oehlke. Beisitzer wurden Gabriele Kohlstedt, Matthias Kohlstedt, Olaf Magath und Henry Dalcke.

Mit der Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag endete der Landesparteitag.

Ute Büschkens-
Schmidt

Stellvertretende
Landesvorsitzende
Mecklenburg-
Vorpommern



Rheinland-Pfalz

Bezirksverband Nordost – Treffen in Hachenburg

Ende April verabedete sich eine kleine Gruppe von Mitgliedern von Bündnis C Nordost auf dem Vogtshof in Hachenburg im Westerwald. Dort präsentierte die Stadt die Ausstellung „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und Rheinland-Pfalz“.

Auf Schautafeln konnte diesen Spuren nachgegangen werden von der Frühzeit, über jüdischen Einfluss in den Städten Worms, Speyer und Mainz bis hin zu unserer Zeit, wo nach der Judenverfolgung im Dritten Reich heute wieder jüdisches Leben und Gemeinden entstehen und präsent sind.

Den Teilnehmern bot sich eine eindrückliche Ausstellung mit viel Lese- und Gesprächsstoff.

Bezirksparteitag in Merkelbach

Im „Merkelbacher Hof“ in der Verbandsgemeinde Hachenburg fand Ende Juni der diesjährige Bezirksparteitag für das nördliche Rheinland-Pfalz statt. Das Treffen wurde so früh terminiert, da unser Mitglied Christoph Carius verstorben war. So wurde ein neuer geschäftsführender Vorstand gebraucht, um satzungsgemäß handlungsfähig zu sein.

Jörg Wallmeroth aus Weitefeld wurde als neuer stellvertretender Vorsitzender gewählt. Der Vorsitzende Volker Giese und der Schatzmeister Klaus Müller verbleiben im Amt.

Es wurde beschlossen, aus der Bezirkskasse ein Plakat von „Vita-L“ mit der kostenlosen Telefon-Hotline für Schwangere für eine Stadt in Rheinland-Pfalz zu finanzieren, welches dann zwei Wochen lang zu einer Alternative zur Abtreibung einlädt. Drei weitere Mitglieder auf dem Parteitag erklärten sich ebenfalls bereit, je ein Plakat privat zu spenden.

Der Bezirksvorstand mit dem neuen Stellvertreter wurde für die weitere Arbeit unter den Segen Gottes gestellt.



Volker Giese

Bezirksvorsitzender
Rheinland-Pfalz
Nord-Ost



Hessen

Landesverband Hessen bereitet sich auf das Jahr 2023 und die Wahlen vor

Im Jahr 2023 stehen in Hessen wieder Landtagswahlen an. Ganz im Zeichen der Wahlvorbereitung stehen auch die nächsten Termine des Landesverbandes.

Am 10.09.2022 findet der Landesparteitag in Fulda statt. Hier stehen die Wahlen zum Landesvorstand an sowie der Delegierten zum Bundesparteitag und der Kassenprüfer. Auf dem Landesparteitag wird auch ein Ausblick auf die Ausrichtung für die Landtagswahlen gegeben. Die Einladung finden Sie hier im Heft. Außerdem werden die Einladungen inklusive eines Bewerbungsbogens zu den auf dem Parteitag stattfindenden Wahlen noch per E-Mail an die Mitglieder versendet. Bitte achten Sie darauf, dass dem aktuellen Landesvorstand ihre E-Mail-Adresse bekannt ist.

Ab dem 18.09.2022 dürfen Kandidaten zur Landtagswahl 2023 aufgestellt werden. Deshalb findet am 24.09.2022 ein Sonderparteitag ebenfalls in der Jesus-Haus-Gemeinde Fulda statt. Dieser Sonderparteitag

dient der Wahl der Landesliste zur Landtagswahl 2023. Gerne können Sie sich als Kandidat bewerben und dafür das oben genannte Formblatt zur Kandidatur für den Landesvorstand benutzen. Eine weitere Möglichkeit ist, als Direktkandidat von Bündnis C an der Landtagswahl 2023 teilzunehmen. Sprechen Sie dazu den Landesvorstand an. Wir sind gerne bei der Aufstellungsversammlung behilflich.

Wir freuen uns auf einen erfolgreichen Herbst 2022 und ein erfolgreiches 2023 für Bündnis C in Hessen.

Gemeinsam – für Hessen!

Andrea
Rehwald

Landesvorsitzende
Hessen



Nachruf



Suchet den Herrn, so werdet Ihr leben!

Amos 5, 6

Peter Schäfer von Reetnitz

geb. 06.06.1949 gest. 17.06.2022

Er hat seinen Lauf vollendet und wir sind sehr traurig, mit Ihm einen Freund und Weggefährten verloren zu haben.

Peter war seit 2015 Mitglied in Bündnis C, seit der Gründung des Landesverbandes Hessen Mitglied im Landesvorstand und ab Gründung des Kreisverbandes Fulda Mitglied im dortigen Vorstand. Zu diversen Wahlen trat er als Kandidat an, unter anderem zur Bundestagswahl 2021 für Bündnis C als Direktkandidat.

Peter war ein Mensch, der durch seine schlichte, sachliche Art großen Eindruck hinterließ. Wir haben seinen fundierten Rat, sein großes Wissen und seinen Einsatz für Bündnis C und nicht zuletzt Ihn als Person sehr geschätzt.

Er wird uns fehlen.

Der Landesvorstand Hessen und Kreisvorstand Fulda

Einladung zum Landesparteitag von Bündnis C – Christen für Deutschland „Hessen“

Liebe Mitglieder von Bündnis C in Hessen, liebe Freunde und liebe Interessierte,

Wohl dem Volk, dessen Gott der HERR ist. (Psalm 33,12)

Mit diesem Psalmwort laden wir Sie ganz herzlich zum Landesparteitag ein.

**Der Landesparteitag findet am 10.09.2022
von 14.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr in der Jesus Haus Gemeinde in Fulda statt.**

Adresse: Jesus-Haus-Gemeinde, Glenn-Miller-Straße 9, 36041 Fulda

Der Landesparteitag findet als öffentlicher **Mitgliederparteitag** statt, es sind alle anwesenden Mitglieder stimmberechtigt. **Gäste und Interessenten für Bündnis C sind herzlich willkommen. Bitte laden Sie Interessierte dazu ein!**

Neben den Wahlen zum neuen Landesvorstand stehen Informationen zu anstehenden Wahlen auf Landesebene an. Sie werden Informationen und Material erhalten, um Bündnis C in Ihrer Region bekannt zu machen und sich zu vernetzen.

Die Teilnehmer werden gebeten, sich über E-Mail lavo-he@buendnis-c.de oder Tel. 0160/188 12 48 bis zum 01.09.2022 anzumelden.

Wir freuen uns darauf, Sie wiederzusehen, und auf neue Mitglieder und Interessenten, um mit Ihnen gemeinsam Ideen und Strategien für Bündnis C zu entwerfen und umzusetzen.

Ein herzliches Willkommen zum Landesparteitag!

Im Namen des Landesvorstandes



Andrea Rehwald, Landesvorsitzende

Tagesordnung

Beginn 14.00 Uhr

Eröffnung durch die Landesvorsitzende (mit Gebet und Andacht)

1. Formalien:

- a) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- b) Beschlussfähigkeit
- c) Wahl des Protokollführers
- d) Beschluss der Tagesordnung
- e) Wahl des Versammlungsleiters

2. Beschlussfassung über das Protokoll vom Landesparteitag am 12.03.2022 in Fulda

3. Anträge an den Landesparteitag

4. Berichte des Landesvorstandes und Entlastung

- a) Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes + Rückfragen
- b) Finanzbericht für das vergangene + laufendes Geschäftsjahr, Rückfragen und Bericht der Rechnungsprüfer
- c) Entlastung des Landesvorstandes für die abgelaufene Amtszeit

5. Wahl des Landesvorstandes

- a) Wahl eines Wahlausschusses (Wahlleiter und Wahlhelfer)
- b) Wahl des Landesvorsitzenden
- c) Wahl von 2 Stellvertretenden Landesvorsitzenden
- d) Wahl des Schatzmeisters
- e) Wahl der Beisitzer (bis zu zehn)

6. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag

7. Wahl der 2 Kassenprüfer

8. Wahl des Landesschiedsgerichts

9. Segnung des neuen Vorstandes

10. Sonstiges

Abschluss des Landesparteitages von Bündnis C „Hessen“ durch den neuen Landesvorsitzenden

Bayern

Arbeitsworkshop Landesverband Bayern

Am ersten Samstag in Juli trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes Bayern, um an den Themen für die Landtagswahl 2023 zu arbeiten. Nach der Eröffnung des Arbeitsworkshops mit Gebet ging es zunächst um Bereiche, die sich noch in Arbeit befinden.

Nach dem Bund-Länder-Treffen am 22./23.7. in Erfurt werden wir Kampagnen in den Sozialen Medien starten, um Reichweite zu generieren und Bündnis C in Bayern bekannt zu machen. Es wurde bereits ein eigener Youtube-Kanal sowie eine Telegramm-Infogruppe für Bayern erstellt. Auch Tiktok soll mit kurzen prägnanten Clips bespielt werden, um gerade junge Menschen zu erreichen und für christliche Politik zu begeistern.

Bevor wir auf die Themen eingingen, die wir zur Landtagswahl favorisieren wollen, kam noch einmal das Thema Unterstützungsunterschriften auf den Tisch. Die Vorgaben in Bayern sind unverhältnismäßig hoch. Während in den anderen Bundesländern bis zu 2000 Unterschriften nötig sind, müssen in Bayern fast 9000 Unterschriften – aufgeteilt auf alle 7 Bezirke – gesammelt werden. Dies erachten wir als undemokratische Abwehr der regierenden Parteien gegenüber kleineren Parteien. Wir überlegen uns, rechtlich gegen diese Ungleichbehandlung vorzugehen.

Nach einer kurzen Pause legten wir die Themen fest, mit denen wir in den Wahlkampf gehen wollen. Wir erwarten, dass das Corona in 2023 immer noch einen hohen Stellenwert einnehmen wird. Wir drängen weiterhin auf die lückenlose Aufarbeitung der Maßnahmen und eine ordnungsgemäße Datenanalyse. Widersprüche müssen aufgedeckt werden. Der Evaluierungsbericht der Bundesregierung rückt dabei stark in unseren Fokus. Viele einschneidende Maßnahmen haben sich im Nachhinein als unverhältnismäßig und unwirksam herausgestellt. Aus unserer Sicht muss aktiv verhindert werden, dass in kommenden Wellen Fehler wiederholt werden. Gerade bei Kindern sind gravierende Fehlentwicklungen aufgrund der Maßnahmen zu erkennen.

Der zweite Bereich, den wir thematisieren wollen, ist die Frühsexualisierung unserer Kinder. Wir sehen die LBTGQ Bewegung als Gefahr für die gesunde Entwicklung junger Menschen. Unser Fokus liegt stark auf dem christlichen Familienbild, welches es zu fördern

gilt. LBTGQ und Genderpolitik gehören unserer Auffassung nach nicht in den Lehrplan unserer Kinder.

Das Thema Energiewende und Landwirtschaft wurde aus Zeitgründen auf den nächsten Arbeitsworkshop vertagt. Der Termin wird frühzeitig auf unserer Homepage sowie in den Sozialen Medien kommuniziert. Wir freuen uns auf alle bayrischen Mitglieder, die an den Workshops teilnehmen und aktiv an politischen Lösungen mitarbeiten wollen.

Horst Wodarz

Landesvorsitzender
Bayern



Wohnzimmertreffen in Oberfranken

Corona hatte unsere Planung der Wohnzimmertreffen sehr lange „hungern“ lassen. Doch seit diesem Jahr haben wir zwei starke „Wohnzimmerteams“, welche unsere Mitglieder Karin Wloka (Gitarre) und Renate Opitz (Hammondorgel) mit Lobpreis musikalisch verstärken.

Jeden ersten Montag treffen wir uns in Hof bei Renate Opitz und jeden ersten Mittwoch in Lichtenfels bei Elfriede und Isabel Arndt, wobei die Treffen wetterabhängig auch im Schrebergarten oder auf dem Balkon stattfinden.

Da unsere Politik nicht ohne Jesus stattfinden kann, ähnelt unser Treffen einem Hauskreis: Gebet, Lobpreis und Besprechung oder Bearbeitung von politischen Themen. Dabei stehen politische Gebetsanliegen und Themen von Bündnis C im Vordergrund. Aber auch privates Gebet wird bei Bedarf nicht abgewiesen, denn: Was würde Jesus tun, wenn jemand Not leidet? Ein aktuelles Beispiel: Beide Wohnzimmerteams haben sich zusammengetan, um einem sozial schwachen jungen Mann eine Gitarre zu schenken.

Geplant ist, weitere Landkreise für Wohnzimmertreffen zu begeistern, da in Oberfranken und Bayern die Mitglieder sehr verstreut wohnen und Gemeinschaft wich-



tig ist. Einladen darf zu diesen Treffen jeder, sodass Mitglieder und Interessenten aus verschiedenen Milieus angesprochen werden können. Was wir damit leben wollen: „Seid eines Sinnes untereinander. Trachtet nicht nach hohen Dingen, sondern haltet euch zu den niedrigen. Haltet euch nicht selbst für klug.“ (Römer 12,16)

Gemeinsam werden wir mit unserem Gott über Mauern springen! Also packen wir es an.

Annette König

Vorsitzende
Kreisverband
Hof-Wunsiedel



Offener Brief an den bayrischen
Ministerpräsidenten Söder und an die CSU

Sehr geehrter Ministerpräsident Herr Dr. Markus Söder,

im Januar 2021 schrieb unser Landesverband Bayern einen Offenen Brief an Sie, mit der Aufforderung, sich mit der CSU gegen eine allgemeine bzw. berufsbezogene Impfpflicht einzusetzen. Leider sind Sie nicht auf unseren Brief eingegangen und haben sich stattdessen – wie die überwiegende Mehrzahl der Politiker unseres Landes – für die Impfpflicht stark gemacht.

Heute kämpfen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in sozialen und medizinischen Einrichtungen mit der Ungewissheit, wie es mit ihrem Job weitergehen soll. Viele haben diesen aufgrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht bereits verloren. Ob durch Maßnahmen der Arbeitgeber oder aufgrund vorsorglicher Wechsel in andere Berufsfelder: viele Fachkräfte des Gesundheitssystems haben diesem den Rücken gekehrt, was eine starke Belastung für unser Gesundheitswesen darstellt.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 19.05.2022 die einrichtungsbezogene Impfpflicht bestätigt und stützt sich dabei auf die Beurteilung des Paul-Ehrlich-Institutes und anderer medizinischer Fachgesellschaften. Es ist allerdings bekannt, dass die Studienlage nicht ausreichend ist und es eine Untererfassung von Impfnebenwirkungen gibt. Es liegt ein großes Defizit bei der Erfassung von Impfschäden vor. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Impfungen gegen SarsCov2 mehr Nebenwirkungen verursachen, als von offizieller Seite zugegeben wird. Wie viele gar nicht erfasst werden und somit nicht in Statistiken einfließen, ist unklar. Zudem ist erwiesen, dass die Impfung zu keiner sterilen Immunität führt. Auch beklagen wir einen Mangel an validen Zahlen zur Effizienz der Impfung bezüglich des Eigenschutzes. Die Grundlage für das Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss daher umgehend überprüft werden.

Bündnis C – Christen für Deutschland beobachtet mit Sorge die derzeitige Entwicklung und Ihren Umgang als bayrischer Ministerpräsident mit dem Thema Impfpflicht. Wir erwarten eine korrekte und ehrliche Aufklärung zu den teils schweren Nebenwirkungen, die durch die Impfungen entstanden sind. Das IfSG verpflichtet Sie zu dieser Datenanalyse. Setzen Sie die einrichtungsbezogene Impfpflicht in Bayern aus und sorgen Sie mit Ihrem politischen Gewicht dafür, dass eine ordentliche Datenerhebung ermöglicht wird. Gesundheitliche Risiken für Geimpfte müssen ausgeschlossen werden können und es muss eine reguläre Zulassung der Impfstoffe vorliegen. Eine Impfpflicht mit einem nur bedingt zugelassenen Impfstoff ohne eine umfassende Datenanalyse ist aus unserer Sicht abzulehnen.

Wir appellieren an Ihr Verantwortungsbewusstsein vor Gott und den Menschen. Die Gesundheit und die berufliche und damit finanzielle Existenz von Personen aus dem medizinischen Berufsfeld müssen angemessen berücksichtigt werden.

Bündnis C – Christen für Deutschland
Landesverband Bayern

Baden-Württemberg

Ankündigung Landesparteitag

Bitte schon vormerken:

Landesparteitag Bündnis C Baden-Württemberg

am Samstag **29.10.2022**

in den Räumen
der Nehemia-Initiative,
Winterstr. 29, 76137 Karlsruhe

Beginn 10:00 Uhr bis
ca. 16:00 Uhr

Es geht noch rechtzeitig ein ge-
sondertes Einladungsschreiben
an die Mitglieder von Bündnis C
in Baden-Württemberg.

Und noch einmal: Das Thema Anti-Corona-Impfung

Nachdem am 26.12.2020 die erste Impfung in Deutsch-
land in Halberstadt stattfand, wissen wir nun deutlich
mehr über die Corona Erkrankung und die Impfung da-
gegen. Es ist nun klar, dass die Erwartungen an die
Impfung sich nicht erfüllt haben. Wir sind davon aus-
gegangen, dass die Impfung vor Erkrankung und Über-
tragung schützt, und dass es kaum Nebenwirkungen
gibt. Tatsache ist, dass auch dreifach Geimpfte die Er-
krankung bekommen können und auch weiterverbrei-
ten. Die Nebenwirkungen sind leider nicht so selten
und können auch, allerdings seltener, schwerwiegen-
der sein (ca. 2 Fälle/10000 Impfungen; z. B. Gehirnve-
nenthrombosen oder Herzbeutelentzündung). Gut ist,
dass mit der Impfung die Erkrankung weniger schwere
Verläufe nimmt und dass auch weniger Fälle von Post-
Covid Erkrankungen registriert werden.

Soweit unser heutiges Wissen. Als Allgemeinmedizi-
ner werde ich mit diesem Wissen meine Patienten be-
raten. Den Älteren und Hochrisikopersonen werde ich
zu einer Impfung raten. Den Jüngeren und sich Sorgen
Machenden werde ich eher abraten. Ich selbst habe
mich impfen lassen. Auf jeden Fall darf die Einstellung,
wie jemand zur Impfung steht oder ob er geimpft ist, zu
keiner Trennung führen!

Nach Meinung von Bündnis C darf es keine Impfpflicht
geben, auch keine einrichtungsbezogene für Beschäf-
tigte im Gesundheitswesen! Dafür wollen wir vehement
einstehen und die Rücknahme dieser Impfpflicht for-
dern.

Am 23.06.2022 hat Österreich die Impfpflicht wieder ab-
schafft. Wie gut! Nehmen wir dieses Mal doch Öster-
reich zum Vorbild.



Dr. Rainer
Simon

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg,
Allgemeinarzt



Ankündigung Bundesparteitag

Der diesjährige ordentliche Bundesparteitag von Bündnis C findet am 12. November 2022 statt im Evangelischen Allianzhaus in Bad Blankenburg

Unsere Mitglieder erhalten die Einladung mit den Beschlussvorlagen
satzungsgemäß Ende Oktober 2022.

Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind willkommen.

Auf der Tagesordnung stehen neben den Berichten des Bundesvorstandes

- Der Beschluss des Finanzpolitischen Programms
- Eckpunkte für ein Wirtschaftspolitisches Programm

Bitte reservieren Sie den Termin!

Anträge zum Bundesparteitag sind
satzungsgemäß bis zum 13.10.2022 bei der
Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

Jetzt anmelden!

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN

DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

KARSDE66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum Unterschrift(en)

423 457 BG-VERLAG

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN
und dabei Kästchen beachten!

Menschenhandel und Prostitution beenden

Vom 29. Mai bis 1. Juni 2022 fand auf dem Schönblick in Schwäbisch Gmünd der erste christliche Kongress gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung statt und stellte die Frage: Was können wir Christen gegen dieses Unrecht tun?

Menschenhandel und Sklaverei sind grausame Realität für Millionen Menschen weltweit. Das Geschäft mit der „Ware Mensch“ boomt in all seinen unvorstellbaren Ausprägungen. Betroffene werden sexuell ausgebeutet und über Landesgrenzen hinweg verschleppt, auch in Deutschland, dem „Bordell Europas“, wie Medien es zurecht betiteln.

Der Kongress informierte dabei über Strukturen und Strategien des Menschenhandels in Deutschland und weltweit, und zeigte besonders die problematische deutsche Gesetzeslage und die politische Dimension auf. Man gab Betroffenen eine Stimme und stellte Lösungsansätze verschiedener Hilfsorganisationen vor, wie Perlenschatz, das Projekt „Schattentöchter“, NEU-START e.V., die Modemarke „eyd“, Hope e.V. und das internationale Anwaltsnetzwerk IJM, um hier nur einige zu nennen.

Gaby Wentland moderierte den Kongress. Sie ist über ihre Hamburger Hilfsorganisation „Mission Freedom“ gut in der Szene vernetzt und tritt in gewisser Weise in die Fußstapfen von Sr. Dr. Lea Ackermann, die mit Ihrem Hilfsverein Solwodi schon ihr ganzes Leben den auf dem Kongress angesprochenen Themen widmet.

Was die Themen und Zeugnisse Betroffener angeht, waren diese kaum anzuhören und zu ertragen, und sollen daher hier auch nicht wiedergegeben werden. Folgend nur ein paar Eckdaten, damit der Leser zumindest eine ungefähre Vorstellung davon bekommt, was vor unserer Haustür in Deutschland geschieht:

Die Schätzungen der Anzahl Prostituiierter in Deutschland belaufen sich auf 200 000 bis 700 000 Menschen. Hope e.V. schätzt etwa 500 000 Frauen in Prostitution, von denen sie 98 % in der Zwangsprostitution vermuten, die den Tatbestand des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung erfüllt. Polizeikreise in Deutschland gehen von mindestens 90 % Zwangsprostitution aus. 96 % der Opfer von sexueller Ausbeutung sind Frauen. Diese Frauen arbeiten zwangsweise und unfreiwillig in der Prostitution und sind nicht freiwillige und selbstbewusste Unternehmerinnen, wie uns

bestimmte Parteien glauben machen wollen. Sie arbeiten häufig 12 Stunden täglich im Bordell und bedienen dabei im Extremfall bis zu 30 Freier am Tag. Dabei müssen sie fast alles tun, was Kunden wünschen. Obwohl es menschenverachtend ist, ist vieles davon durch die derzeitige rechtliche Lage in Deutschland legalisiert. Die Gesetzeslage in Deutschland ist für Prostituierte höchst problematisch. Sie führt dazu, dass Menschenhandel leicht gemacht wird und strafrechtlich nur sehr schwer zu verfolgen ist.

Dass das Prostitutionsschutzgesetz nicht mal im Ansatz umgesetzt wird, wurde insbesondere in der Corona-Krise mit der Schließung der Prostitutionsstätten sichtbar. Die Frauen waren nicht angemeldet und hatten auch keine eigene Wohnung, wie es das Gesetz vorschreibt, weil Schlaf- und Arbeitsstätte getrennt sein müssen. Infolgedessen wurden Sie auch noch obdachlos und rutschten noch tiefer in die Illegalität ab, bei gleichzeitiger totaler Auslieferung an die Zuhälter. Diesen Frauen hilft kein Gesetz oder die Wiederöffnung des Bordells, sondern flächendeckende Ausstiegsberatung mit dem Ziel, sie in andere berufliche Tätigkeiten zu führen. Sie brauchen Möglichkeiten, ihre Existenz zu sichern, sozialversichert zu sein und Seelsorge und Trauma-Therapien in Anspruch nehmen zu können.

Die deutsche Gesellschaft verdrängt das Thema Prostitution. Doch Zwangsprostitution darf in Deutschland nicht länger selbstverständlich bleiben. Es gibt politische Lösungen wie das sogenannte „Nordische Modell“, für das wir als Bündnis C eintreten. Es trägt seinen Namen durch den erfolgten Paradigmenwechsel in den nordischen Ländern Schweden, Norwegen und Island. In Schweden wurde bereits 1999 ein Sexkaufverbot eingeführt, indem nicht mehr die Frau, sondern der Sexkäufer bestraft wird. Auch gezielte Ausstiegsprogramme und eine geeignete Sexualaufklärung für Jugendliche (die diesen Namen auch verdient) sind Bestandteile des Nordischen Modells. Aufgrund des nachweislichen Rückgangs von Prostitution empfiehlt das Europäische Parlament seit 2014 die Einführung des Nordischen Modells ihren Mitgliedsländern. Nach Kanada führten auch Nordirland, Frankreich und Irland ein den Sexkauf bestrafendes Gesetz ein, zuletzt Israel 2020.



In Deutschland hingegen fehlt der politische Wille dazu. Das am 21.10.2016 eingeführte und möglicherweise gut gemeinte Prostituiertenschutzgesetz trat 2017 in Kraft. Kernpunkte sind eine Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe und eine Anmeldebescheinigung für Prostituierte. Damit sollen Prostituierte besser geschützt und Kriminalität bekämpft werden. Jedoch gehen alle diese wohlfeilen Wünsche und Vorstellungen vollständig an der Realität vorbei. In meinem Fachbereich der Krankenversicherung schreibt das Gesetz beispielsweise die rechtliche Pflicht einer Krankenversicherung vor. In der Realität ist dies jedoch in weniger als 10 % der Fälle zutreffend, weil die meisten Prostituierten nicht gesetzlich krankenversicherungspflichtig sind und andererseits die Privaten Krankenversicherungen diesen Personenkreis nicht aufnehmen. Die nächste Evaluierung des Gesetzes ist frühestens 2025

vorgesehen, obwohl alle ideologiefreien Beobachter längst wissen, dass es seine Kernziele nicht erreicht hat und ein reiner „Papiertiger“ mit grundfalschem Ansatz ist.

Bündnis C setzt sich für die Einführung des Nordischen Modells und damit gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution in unserem Land ein. Kämpfen Sie mit – es gibt zahlreiche Möglichkeiten:

- Christen und Gemeinden werden zum Handeln ermutigt, in dem sie sich den genannten Hilfsorganisationen oder solchen in Ihrer Stadt anschließen und mithelfen.
- Unterstützen Sie die Hilfsorganisationen finanziell und im Gebet und helfen Sie so mit, dass wenigstens die eine oder andere Frau gerettet werden kann.
- Informieren Sie sich weiter über das Thema und bleiben Sie am Ball.
- Unterschreiben Sie die Resolution: <https://www.schoenblick.de/de/gegen-menschenhandel>
- Unterstützen Sie uns im Gebet und finanziell in unserem politischen Kampf gegen dieses himmelschreiende Unrecht.

Beenden möchte ich den Artikel mit einem auf das Thema übertragenen Zitat von William Wilberforce: Sie können sich nun weiter entscheiden wegzusehen, aber Sie können nie mehr sagen, sie hätten es nicht gewusst.

Frank Brandenburg
Stellvertretender Bundesvorsitzender

Für eine Kultur des Lebens

Am 24. Juni 2022 hat der Deutsche Bundestag das Werbeverbot für Abtreibungen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Ebenfalls am 24. Juni hob das Oberste US-Gericht das Grundsatzurteil des Supreme Court „Roe vs. Wade“ von 1973 auf, auf dessen Grundlage Abtreibungen in den USA bis zur Geburt erlaubt waren. Die Zuständigkeit geht damit auf die Bundesstaaten über, von denen einige bereits umgehend Abtreibungen weitestgehend verboten haben. Als Reaktion darauf verabschiedete das Europäische Parlament am 7. Juli eine Resolution mit der Forderung, ein Recht auf Abtreibung in die EU-Grundrechtecharta aufzunehmen.

Damit wird das Grundrecht auf Leben in sein Gegenteil verkehrt.

Der weltweite Kampf um den Lebensschutz verschärft sich. Wut und Aggression der Abtreibungsbefürworter in den USA machen sich infolge des Urteils breit. Aus Berichten der Organisation C-Fam, die sich bei der UNO für den Erhalt christlicher Werte einsetzt, wissen wir, dass ihre Mitarbeiter persönlich bedroht werden.

In dieser Zeit ist es daher umso wichtiger, dass wir als Partei sichtbar und hörbar Position beziehen für den Schutz des Lebens in all seinen Ausprägungen. Der



ehemalige AFD-Vorsitzende Jörg Meuthen erklärte bei seinem kürzlichen Wechsel zur katholischen Zentrumspartei, dass diese die Abtreibungskritik hinter sich gelassen habe. Das führte uns vor Augen, dass Bündnis C nun die letzte politische Bastion des Lebensrechts Ungeborener in Deutschland ist. Nie war deshalb der Unterschied in der Positionierung und damit auch die geistliche Bedeutung von Bündnis C gegenüber allen anderen Parteien in unserem Land so sichtbar wie jetzt im Lebensrecht. Die stetige Aushöhlung der diesbezüglichen Gesetzeslage belegen eindrucksvoll die jüngsten Entwicklungen.

Mit der Abschaffung von Paragraph 219a StGB, der „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ unter Strafe stellte, wurden auch Urteile gegen Ärzte aufgehoben, die seit 1990 auf dessen Grundlage gesprochen wurden. Vor dem Hintergrund der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zum Schwangerschaftsabbruch betonte die Bundesregierung in der Begründung ihres Gesetzentwurfs, dass die Streichung von Paragraph 219a StGB mit „der grundgesetzlichen Schutzpflicht für das ungeborene Leben vereinbar“ sei. Faktisch wird mit der Streichung des Werbeverbots für Abtreibungen aber die Tür zur Abschaffung des strafrechtlichen Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen nach § 218 StGB geöffnet. Denn wie kann Werbung zugelassen werden für Handlungen, die laut Gesetz unter Strafe stehen? In der Debatte des Bundestages ging es fast ausschließlich um das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Das hat sie zurecht über ihren eigenen Körper, aber nicht über den Körper und das Leben eines heranwachsenden Kindes.

Ebenfalls am 24. Juni beriet der Bundestag erstmals die Neuregelung der Sterbehilfe, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Februar 2020 das „Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ für nichtig erklärt hatte. Drei fraktionsübergreifende Anträge wurden diskutiert und kritisiert. Patientenschützer, die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) und der Deutsche Hospiz- und Palliativverband (DHPV) forderten vor allem eine Stärkung der Suizidvorbeugung. Bevor eine staatlich geförderte Suizidbeihilfe in Betracht gezogen oder gar gesetzlich verankert wird, braucht es vordringlich eine Präventionsregelung. Die Entwicklungen in Belgien und den Niederlanden belegen, dass mit einer rechtlichen Regelung zur Selbsttötung die Zahl der Suizide steigt. Ein Suizidpräventionsgesetz muss eine mindeste Balance herstellen von Lebensschutz und Selbstbestimmung. Und niemand, weder eine Person oder Organisation, darf dazu verpflichtet werden, an Suizidhilfe mitzuwirken. Eine gesetzliche Neuregelung muss gewährleisten, dass nicht der Hilfe zum Sterben, sondern der Hilfe zum Leben unanfechtbar Geltung verschafft wird.

In der parlamentarischen Sommerpause werden Gesetzentwürfe für den Herbst vorbereitet. Wir bleiben wachsam, dass die Kultur des Todes in Deutschland nicht weiter um sich greift. Wo die Leitlinien einer übergeordneten Autorität, wie wir sie in den Zehn Geboten haben, nicht mehr gelten, macht sich der Mensch zum Herrn über Leben und Tod. In Bündnis C wissen wir uns dem Gott verantwortlich, der das Leben geschaffen hat und erhält. Wir verteidigen den Menschen von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod und stehen für eine Kultur des Lebens ein.

Und wir versuchen, Menschen guten Willens zu gewinnen, die mit uns diese Position vertreten und helfen, eine Kultur des Lebens wieder neu in unseren Bundestag und in die öffentlich wahrnehmbare politische Meinungsbildung zu tragen. Oder wollen wir wirklich Jahr für Jahr einfach weiter zusehen, wie die Dämme mehr und mehr brechen?



Das Ende des Wirtschaftskrieges?

Seit fünf Monaten führen die westlichen Industriestaaten als Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine einen Wirtschaftskrieg gegen Russland. Die eigene Wirtschaft leidet unter den Sanktionen, die Inflation erreicht bedrohliche Raten und die Energiekrise treibt Europa zurück in die Abhängigkeit von Putin, während der Krieg weitergeht. Wo ist der Ausweg aus einem Krieg, der militärisch begonnen wurde?

G7 und BRICS als globale Konkurrenten

Fast parallel zum G7-Gipfel vom 26. bis 28. Juni auf Schloss Elmau hielten am 24. Juni die Staats- und Regierungschefs von fünf Schwellenländern – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) – einen Online-Gipfel ab, der sich auf die Verbesserung der multilateralen Zusammenarbeit mit nicht-westlichen Stilen, Formen und Prinzipien konzentrierte. Die Gruppe trifft sich jährlich, um dringende globale Probleme anzugehen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem wirtschaftlicher Aufschwung, Klimamaßnahmen und eine gemeinsame Reaktion auf die COVID-19-Pandemie. Es war das erste große multilaterale Gipfeltreffen des russischen Präsidenten Putin seit der Invasion der Ukraine im Februar. Der Ukraine-Konflikt wurde nur selten direkt angesprochen, keiner der Staats- und Regierungschefs verurteilte den Krieg. Der Gipfel gab eine Erklärung ab, in der sie den Dialog zwischen Russland und der Ukraine und die effiziente Bereitstellung humanitärer Hilfe unterstützen und gleichzeitig ihr Engagement für die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten betonen. China, der virtuelle Gastgeber des Gipfels, spielte auf die Möglichkeit an, weitere Länder zum Beitritt in den Block einzuladen, die sich bei den Vereinten Nationen entweder der Stimme enthalten oder für Russland gestimmt haben.

Zwei BRICS-Mitglieder, Indien und Südafrika, nahmen auch bei den G7 in Deutschland teil, zu denen ansonsten die sieben führenden Wirtschaftsmächte der Welt gehören: Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die USA. Die Europäische Union war als inoffizielles Mitglied dabei und einige weitere Nichtmitglieder mit Beobachterstatus. „Fortschritt für eine gerechte Welt“ – mit diesem Ziel hat Deutschland zu Jahresbeginn den Vorsitz der

G7 übernommen. Auf der Tagesordnung ganz oben stand der Krieg gegen die Ukraine mit Milliarden-Budgets für militärischen Bedarf, humanitäre Hilfe und Wiederaufbau für das Land. Die anderen Themen der G7 waren fast identisch mit denen des BRICS-Gipfels: ein Klimacub als globale Antwort auf die Klimakrise, ein globales Ernährungsbündnis und die globale Gesundheit stärken als Pandemievorsorge und -reaktion. Mit Indonesien, Indien, Senegal, Südafrika und Argentinien als Partnerländer wollen die G7 resiliente Demokratien fördern.

Beide Blöcke agieren mit jeweils globalem Anspruch und versuchen, ihren Einflussbereich auszuweiten. Die G7 wollen über einen Zeitraum von fünf Jahren 600 Milliarden Dollar für die Entwicklung der Infrastruktur in Entwicklungsländern bereitstellen und ihnen damit Optionen bieten für Investitionen abseits von Chinas Neuer Seidenstraße – einem außenpolitischen Programm der chinesischen Regierung zum Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze mit über 60 Ländern Afrikas, Asiens und Europas.

Auf weitere Sanktionen gegen Russland konnten sich die G7 nicht einigen. Der Schaden für die eigene Wirtschaft lässt die Einigkeit bröckeln. Anfang Juni hatte die EU ein Ölembargo beschlossen, das ab Ende des Jahres greifen soll. Die daraufhin weltweit gestiegenen Ölpreise bescheren Russland Rekordeinnahmen, während im Westen die Spritpreise explodieren. Nach China und Indien verkauft Russland so viel Öl wie noch nie und mit kräftigen Preisnachlässen. Saudi-Arabien hat seine Ölimporte aus Russland verdoppelt und verkauft das eigene Öl teuer an den Westen.

Wurde zu Beginn des Krieges in Europa immer wieder ein Stopp der Gaslieferungen aus Russland gefordert, greift nun die Angst um sich, dass Putin die Lieferungen abstellt vor dem kommenden Winter. Umso unverständlicher ist das Ende Juli beschlossene siebte Sanktionspaket der EU, woraufhin Russland die Gaslieferungen durch Nordstream 1 auf 20 % reduzierte. Die von Kommissionspräsidentin von der Leyen beschworene europäische Solidarität für einen Gasnotfallplan trifft auf Widerstand. Die Energieminister fordern, dass Deutschland zuerst seine Atomkraftwerke weiterlaufen lässt. Ein Versorgungskrieg wirft seine Schatten voraus.

Welche Lehren ziehen wir aus den Monaten des Krieges?

- Mit einem Wirtschaftskrieg gewinnt man nicht gegen eine militärische Invasion. Die Zerstörungen, die Bomben und Raketen anrichten, sind ungleich verheerender als Gewinneinbußen oder einige Versorgungsengpässe.
- Wirtschaftssanktionen haben kein Abschreckungspotenzial, Atomwaffen hingegen schon. Europa hat versäumt, militärische Verteidigungsfähigkeit und Wehrfähigkeit herzustellen, und steht dem Verteidigungswillen und Patriotismus der Ukraine mittellos gegenüber.
- Der Westen hat die globalen Machtverhältnisse unterschätzt. Auf die G7 und die BRICS-Staaten entfallen jeweils etwas mehr als 30% des Umfangs der Weltwirtschaft. Sie müssen damit als ebenbürtig angesehen werden. Die BRICS-Staaten vereinen mit 3 Mrd. Menschen 40% der Weltbevölkerung auf sich. Als Schwellenländer befinden sie sich auf Wachstumskurs, während der Westen versäumt hat, seine Wirtschaftskraft zu erneuern mit Nachwuchs, Bildung und Innovation.
- Die Mehrzahl der Länder der Welt folgen nicht den Sanktionen und Exportbeschränkungen des Westens. Insbesondere China hat eine „Partnerschaft ohne Grenzen“ mit Russland erklärt und versucht gleichzeitig, sich als neutrale Partei zu positionieren. Multinationale chinesische Unternehmen folgen eher deren Muttergesellschaften.
- In einer vernetzten Welt sind Sanktionen nicht schadlos für die eigene Wirtschaft. Je mehr die Folgen den Wohlstand und die Versorgungssicherheit gefährden, desto mehr wird die Unterstützung für die Ukraine nachlassen.
- Demokratie schlägt nicht zwangsläufig Autokratie. Im Gegenteil befeuert die Überzeugung westlicher Überlegenheit die Kränkung eines Autokraten wie Putin und seine Aggression. Je mehr er als Kriegsverbrecher verteufelt wird, desto mehr wird er zum Teufel. So klar der russische Angriffskrieg zu verurteilen ist, hilft der Westen der Ukraine damit bestenfalls moralisch.

Können wir den Krieg beenden?

Inflation und Energiekrise werden von Politik und Medien als Kriegsfolge dargestellt und seien als solche hinzunehmen. Sie sind jedoch kein unvermeidbares Schicksal oder maßgeblich von Russland verursacht,



sondern die Folgen eigener finanz- und energiepolitischer Fehlentscheidungen, die lange vor dem Krieg begannen und korrigiert werden müssen. **Die erste Verantwortung unserer Regierung ist nicht, andere zu bestrafen, sondern die Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen.** Der Ukraine ist nicht geholfen, wenn die europäische Wirtschaft kollabiert.

Wenn der Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht mit Wirtschaftssanktionen zu stoppen ist, soll der Westen dann schwere Waffen liefern für einen militärischen Sieg der Ukraine? Die Frage wird praktisch beantwortet durch die begrenzt vorhandenen militärischen Mittel in Europa und die abnehmende Wirtschaftskraft. Deutschland ist militärisch von den USA abhängig, energiepolitisch von Russland und wirtschaftlich vor allem im IT-Bereich von China. **Unterstützen kann der Westen die Ukraine politisch,** wenn sie auf einen Frieden mit Russland hinarbeiten will.

Freie Bündniswahl ist kein Mittel zur Friedenssicherung, wie an der Vorgeschichte des Ukraine-Krieges und in der Herausbildung neuer Machtblöcke sichtbar wird. In einem beziehungsorientierten Denken wird die Souveränität von Staaten durch andere Interessen begrenzt. Die von Außenministerin Baerbock angestrebte wertebasierte Außenpolitik ist zum Ersten auf ihre Werte zu hinterfragen und kommt zweitens nicht umhin, wechselseitigen Interessenausgleich zu verhandeln. **Eine Lösung für den Ukraine-Konflikt könnte ein Pufferstaat mit bewaffneter Neutralität sein.** Im Blick auf einen EU-Beitritt der Ukraine stünde dieser Neutralität eine EU als Bundesstaat mit einer europäischen Armee entgegen. Wir plädieren für ein konföderales Europa, das flexible Optionen für die Besonderheiten der Mitgliedsstaaten ermöglicht.

Je länger der Krieg und Zerstörung dauern, desto mehr muss es um die Menschen gehen statt um Grenzen, Gebietsansprüche und Prinzipien. Während Russland weitere Teile der Ostukraine einnimmt, kündigt Präsi-

dent Selenskyj an, die Gebiete zurückerobern zu wollen. Das ist im Grundsatz zu unterstützen. Seit 2004 sind aus der Ostukraine aber bereits über 2 Millionen Menschen geflohen, Teile der russischen Bevölkerung haben auf Putin gewartet. Wem ist gedient, wenn der Donbass nur noch verbrannte Erde ist? Verhandlungen über Donezk und Luhansk kann nur die Ukraine anbieten. **Ein EU-Beitritt ist jedoch nur ohne russisch besetzte Gebiete denkbar.**

Der Glaube, dass Krieg nicht sein darf in Europa und man alles politisch lösen kann, ist gescheitert. Dennoch entsprang er der christlich motivierten europäischen Nachkriegsagenda und dem Willen, Krieg unmöglich zu machen. Dass die USA und NATO-Staaten seitdem weltweit Kriege geführt haben mit der Vorgabe der Sicherung von Menschenrechten, muss als Vorbote eines Krieges auch in Europa gesehen werden. Spätestens der überstürzte Abzug der NATO-Alliierten aus Afghanistan ein halbes Jahr zuvor und die Resultate des Einsatzes waren ein Warnsignal, dass der Westen international nicht mehr die Vorgaben macht zu Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, auch nicht gegenüber Russland. Gegen einen westlich dominierten Multilateralismus bildet sich ein Gegenpol heraus mit autokratischer Politik und Prinzipien. **Wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft und die Achtung der Menschenwürde auch im Westen unter Beschuss sind, arbeiten wir an einer biblisch fundierten, beziehungsorientierten Neuordnung von Politik und Gesellschaft.**

Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands begann lange vor dem Krieg und braucht biblische begründete Antworten für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. **Dazu gehört auch das Vertrauen, dass in dem heraufziehenden Versorgungskrieg ein Agieren nach göttlichen Maßstäben unser Land mit dem Nötigen versorgen wird.** In der zunehmenden Polarisierung der Weltmächte brauchen wir zudem den Willen und die Fähigkeit, unser Land zu verteidigen. Dafür schlägt Bündnis C vor allem ein **verpflichtendes Dienstjahr mit der Option des Dienstes in der Bundeswehr** vor.

Beim G7-Gipfel hat Bundeskanzler Scholz betont, dass es im Verhältnis zu Russland kein Zurück geben wird in die Zeit vor seinem Überfall auf die Ukraine. Wir plädieren dennoch dafür, die Beziehung zu Russland zu pflegen und weiter Brücken auf verschiedenen Ebenen der Zivilgesellschaft zu bauen. Russland bleibt europäischer Nachbar. **Als Christen zementieren wir**

keine Feindschaft, sondern halten die Türen offen für einen Neuanfang.

Ist es im globalen Maßstab egal, ob Hilfen für Entwicklungsländer aus China, Russland oder Europa kommen? China will mit der Neuen Seidenstraße bis 2049 politisch, wirtschaftlich und militärisch zur führenden Weltmacht wiederaufstehen. **Wenn wir dagegen das christliche Menschenbild ernst nehmen, sind wir gefordert und in der Lage, ärmeren Ländern uneigennützig zu helfen und Partnerschaften auf Augenhöhe ohne Machtkalkül zu schaffen.** Abseits der dominierenden Regierungspolitik hat China eine der am schnellsten wachsenden Kirchen. Wie wir in Europa nur mit einer beziehungsorientierten Außenpolitik im Rückgriff auf unsere christliche Prägung einen positiven globalen Einfluss ausüben können, so dürfen wir von China erwarten, dass Christen dessen Außenpolitik und Wirtschaftsbeziehungen mitgestalten und missionarisch nutzen werden. Das Reich Gottes ist nicht von dieser Welt, wird aber genau darin sichtbar werden in den Erschütterungen, durch die wir gehen. Darauf dürfen wir vertrauen und daran mitarbeiten.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Diskutieren Sie mit!

Was für Lösungen haben wir für den Russland-Krieg gegen die Ukraine? Was kann Deutschland und Europa zum Frieden tun? Wie soll sich Bündnis C zu Waffentlieferungen, Wirtschaftssanktionen, Energieabhängigkeit positionieren?

Schicken Sie Ihre Gedanken und Beiträge per Email an info@buendnis-c.de.

Bündnis C, Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Bündnis C - Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29
76137 Karlsruhe

An den Bundespräsidenten
Herrn Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

E-Mail: info@buendnis-c.de
Web: www.buendnis-c.de

01.04.2022

Offener Brief zu Ihrer Rede im Schloss Bellevue am 27. März 2022

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,

mit Besorgnis haben wir Ihre Rede am 27. März im Schloss Bellevue zur Kenntnis genommen. Sie beschwören die Stärke unserer Wehrhaftigkeit, von Freiheit und Demokratie, obwohl Deutschland und der westlichen Welt mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine seine Stärken genommen wurden. Diplomatie und internationale Verträge haben den Krieg nicht verhindert. Unsere Wirtschaft ist von den Rohstoffen Russlands abhängig. Militärisch ist Europa kaum verteidigungsfähig.

Wir möchten Sie höflich an ein Wort Jesu aus Lukas 14,31 erinnern: „Welcher König zieht aus, um mit einem andern König Krieg zu führen, und setzt sich nicht zuvor hin und hält Rat, ob er mit zehntausend dem begegnen kann, der über ihn kommt mit zwanzigtausend? Wenn nicht, so schickt er eine Gesandtschaft, solange jener noch fern ist, und bittet um Frieden.“ Um den mörderischen Krieg in der Ukraine zu beenden und Menschenleben zu retten, gilt es Kompromisse mit Russland zu erwirken, statt mit Verurteilungen das Kriegsgeschrei zu verstärken.

Wir bitten Sie, Kraft Ihres Amtes auf US-Präsident Biden einzuwirken, in seiner Kriegsrhetorik zu deeskalieren. Seine Anmaßungen gegenüber Russland befeuern die Provokation, statt zu befrieden. Biden beruft sich in seiner Rede in Warschau am 26. März zu Unrecht auf Papst Johannes Paul II 1979 und den Zusammenbruch des Sozialismus. Sein religiöser Bezug ist so missbräuchlich wie der Segen der Russisch-Orthodoxen Kirche für Putins Krieg. Weder Städte noch die Verpflichtung der NATO sind heilig. Die USA sind nicht der Heilsbringer für Deutschland und Europa, weder für unsere militärische Verteidigung noch für die Energieversorgung, sondern mit Bidens haltlosen Drohungen gegen Putin eine Gefahr für Europa. Der Kampf geht heute nicht zwischen der „Düsternis der Autokratie“ und der „lichten Flamme der Demokratie“, sondern zwischen Gut und Böse aus der Perspektive Gottes. Nicht die Demokratie wird Europa das Licht zurückbringen, sondern das Evangelium Jesu Christi.

Bankverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX

Mitglieder des Bundesvorstandes: Karin Heepen, Frank Brandenburg, Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner, Verena Thümmel, Hermann Bohnenkamp, Andrea Rehwald

Seite 1 von 2

Deutschland rettet nicht der Glauben an Freiheit und Demokratie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sondern der Glauben an Gott, den es verworfen hat. Kriege können sehr wohl Freiheit und Demokratie zerstören. Wenn nicht die Strahlkraft des Evangeliums Christi, das wirklich frei und gerecht macht, in unseren Köpfen und Herzen stärker wird als das Beschwören menschlicher Stärke, läuft Deutschland Gefahr, alles zu verlieren. Nicht Putin unterschätzt die Stärke der westlichen Demokratie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, sondern mit Verlaub, Sie überschätzen, was der Westen damit einem Autokraten entgegensetzen hat.

Bitte verführen Sie unser Volk nicht weiter, auf eigene Stärke und vergängliche Werte zu bauen statt auf das Fundament unseres christlichen Glaubens, der Europa seine Geschichte hindurch human, erfolgreich und frei gemacht hat. Konzerte und Kultur verhindern keine Kriege. Es war unser Land der Dichter und Denker, das im Nationalsozialismus zur Warnung für die ganze Welt wurde, dass ohne Gott und sein Wort ein Land auch mit seinem noch so kultivierten Dichten und Denken nicht vor dem Fall ins absolute Böse gefeit ist.

Wo das Menschen- und Weltbild des Humanismus vom Menschen guten Willens und der Selbstoptimierung der Welt zerbrochen wird, steht Christus bereit, dessen Leib für uns und diese Welt am Kreuz gebrochen wurde. Wo uns mit der Corona-Krise die äußere Freiheit und mit dem Krieg jetzt der äußere Frieden genommen wurde, ruft uns Jesus Christus in Seine Freiheit und Seinen Frieden. Die Passionszeit gibt uns Raum zur Buße über unseren blinden Glauben an irdische Sicherheit. Am Morgen seiner Auferstehung trat Jesus unter seine Jünger mit dem Friedensgruß. Sein Frieden überwindet die Angst. Dauerhafter und wirksamer als Bomben ist die Auferstehungskraft Jesu – in uns und für unser Land aus den Scherben der Selbstgerechtigkeit.

Bitte verweisen Sie die Menschen an Ostern auf diesen Anker in der Kraft Gottes, die über Tod und Bedrohung hinausreicht.

Hochachtungsvoll

Der Bundesvorstand von Bündnis C – Christen für Deutschland

Bankverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX

Mitglieder des Bundesvorstandes: Karin Heepen, Frank Brandenburg, Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner, Verena Thümmel, Hermann Bohnenkamp, Andrea Rehwald

Seite 2 von 2

ECPM-Resolution von Bündnis C zum Atomabkommen mit dem Iran (JCPoA)

Die Verhandlungen über die Wiedereinsetzung des Atomabkommens mit dem Iran wurden Anfang März dieses Jahres unterbrochen, unter anderem wegen nicht akzeptabler Forderungen des Iran wie der Streichung der Revolutionsgarden von der Liste ausländischer Terrororganisationen durch die USA. Damit wurden die Verhandlungen durch den Iran offensichtlich verschleppt, während es sein Atomprogramm zielstrebig weiterverfolgt hat.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) geht davon aus, dass der Iran mittlerweile nahezu genügend Ausgangsmaterial für eine Atomwaffe produziert haben könnte. Anfang Juni hatte die IAEA bekanntgegeben, dass sich nach ihren Schätzungen der iranische Uranvorrat inzwischen auf mehr als das 18-fache der zugelassenen Menge beläuft. Dem Internationalen Atomabkommen von 2015 zufolge darf der Iran 202,8 Kilogramm Uran auf maximal 3,67 % anreichern. Inzwischen verfügt er über 3 809,3 Kilogramm Uran. Davon wurden bereits 238,4 Kilogramm auf 20% und weitere 43,1 Kilogramm auf 60 % angereichert. Experten zufolge könnte innerhalb weniger Wochen der Vorrat an 60%igem Uran zu atomwaffenfähigem 90 %igem Uran angereichert werden.

Bei einem Besuch von IAEA-Direktor Rafael Grossi Anfang Juni in Israel betonte Premierminister Naftali Bennett erneut die Dringlichkeit, eine nukleare Bewaffnung des Iran mit allen Mitteln zu verhindern. Bennett hat zudem den IAEA-Gouverneursrat aufgefordert, dem Iran eine „klare und unmissverständliche Botschaft“ zu senden. Daraufhin verabschiedete der Gouverneursrat am 8. Juni 2022 eine von den USA und den drei EU-Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich eingebrachte Resolution. Der Iran wird darin wegen mangelnder Kooperation mit der Atombehörde kritisiert und zur vollständigen Erfüllung seiner rechtsverbindlichen Verpflichtungen aufgefordert. Der Iran müsse mit der IAEA vollumfänglich zusammenarbeiten, um ausstehende Fragen unverzüglich zu klären. Die Resolution ist der erste öffentliche Tadel durch die Behörde seit 2020. 30 der 35 Mitglieder des Gouverneursrates stimmten für die Resolution, nur Russland und China votierten dagegen.



Als Reaktion darauf erklärte Irans Präsident Ebrahim Raisi die Resolution als wirkungslos. Der Iran werde seine Position nicht ändern und keinen Schritt zurückgehen. Er kündigte unter anderem die Entfernung von 27 Überwachungskameras der IAEA an seinen Atomanlagen an und damit im Wesentlichen aller zusätzlichen Überwachungsgeräte, die im Rahmen der internationalen Vereinbarung (JCPoA) von 2015 installiert wurden.

Obwohl Teheran immer weniger Transparenz, mehr Zweifel und größere Unsicherheit erzeugt, kündigte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell Ende Juni zusammen mit dem iranischen Außenminister die Wiederaufnahme der Atomverhandlungen an. Die angestrebten Vorteile einer Rückkehr zum Atomabkommen wiegen jedoch die Fortschritte des iranischen Atomprogramms nicht mehr auf. Die Aussetzung der Sanktionen würden zusätzlich dessen Finanzierung stützen.

Zudem sollten wir aus der Vorgeschichte des Krieges Russlands gegen die Ukraine gelernt haben, was internationale Verträge wert sind, an die die Partner sich nicht zu halten gewillt sind. Der Iran hat alles getan, um den westlichen Protagonisten des Abkommens die Vergeblichkeit ihrer diplomatischen Bemühungen vor Augen zu führen.

Die European Christian Political Movement (ECPM) verabschiedete die folgende von Bündnis C vorgelegte Resolution an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und die Europäische Kommission.

Die Generalversammlung der ECPM am 17. Juni 2022 in Madrid, Spanien

Erinnernd, dass das 2015 von den USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland mit dem Iran geschlossene Atomabkommen (JCPOA) den Iran nicht daran gehindert hat, sein Atomprogramm mit Urananreicherung, Atomtests und in Zusammenarbeit mit Nordkorea fortzusetzen,

Realisierend, dass das Atomabkommen nur die internationale Aufsicht über das zivile Nuklearprogramm des Iran regelte, während das nukleare Militärprogramm der iranischen Revolutionsgarden seit 1984 ungehindert fortgesetzt wurde,

Eingedenk mehrfacher Verstöße des Iran gegen die im Abkommen vereinbarten Obergrenzen der Urananreicherung und -produktion,

Betonend, dass die USA deshalb 2018 aus dem Abkommen ausgestiegen sind und Sanktionen gegen den Iran wieder eingesetzt haben, um den Weiterbau einer Atombombe nicht mitzufinanzieren,

Im Hinblick auf die Tatsache, dass seitdem der Iran der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) den Zugang zu seinen Atomanlagen verweigert, sein Atomprogramm stetig ausgebaut hat wie auch die Produktion und Stationierung neuer Raketen, die Israel bedrohen,

Eingedenk der Warnung der israelischen Regierung an seine Verbündeten vor einem neuen Atomabkommen mit dem Iran und sich weiterhin von Teheran täuschen zu lassen,

Unter Beachtung, dass das iranische Parlament Ende 2020 die Produktion und Lagerung von mindestens 120 Kilogramm 20-prozentig angereichertem Uran pro Jahr gesetzlich beschlossen und die Regierung die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) darüber unterrichtet hat,

Realisierend, dass der Iran damit innerhalb weniger Wochen über genügend spaltbares Material für den Bau einer Atombombe verfügen könnte und unter Präsident Ebrahim Raisi die Islamische Republik ihr Nuklearprogramm weiter vorantreibt,

Warnend, dass eine neue Übereinkunft zum Atomabkommen das Regime wirtschaftlich und damit auch militärisch stärkt und ihm zudem internationale Anerkennung verschafft,

Angesichts mehrfacher Unterbrechungen der derzeitigen Verhandlungen durch die Vertreter des Iran und neuer Forderungen wie der Streichung der iranischen Revolutionsgarden von der US-Liste der Terrororganisationen,

In Anbetracht auch der Forderungen Russlands nach Garantien, dass westliche Sanktionen im Zusammenhang mit seiner Invasion in der Ukraine nicht die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen Iran und Russland behindern,

Bedauernd, dass die iranische Bevölkerung unter den internationalen Sanktionen leidet, aber noch mehr unter den massiven Menschenrechtsverletzungen ihrer Machthaber,

Appellierend, dass es keinen Grund gibt, dem iranischen Regime mehr zu vertrauen als der israelischen Regierung,

Warnend, dass die Aufhebung der US-Sanktionen den Iran in die Lage versetzen wird, innerhalb von wenigen Jahren eine Atombombe zu bauen und Israel damit anzugreifen,

Rufen wir den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und die Europäische Kommission an,

- die Verhandlungen mit dem Iran über ein neues Atomabkommen abubrechen, da das islamistische Regime in Teheran klar gezeigt hat, dass es die bisher getroffenen Vereinbarungen nicht einzuhalten bereit ist,
- die europäischen Sanktionen gegen den Iran mit denen der USA in Übereinstimmung zu bringen, um die Vernichtungsabsichten Teherans gegen Israel nicht zu unterstützen.

Den englischen Original-Wortlaut finden Sie unter: <https://buendnis-c.de/ecpm-resolution-von-buendnis-c-zum-atomabkommen-mit-dem-iran-3935/>

Keine Erpressung durch NATO-Partner Türkei

Die Zugeständnisse an die Türkei für den NATO-Beitritt von Schweden und Finnland kompromittieren die NATO und gefährden die Kurden

Seit Mitte Mai 2022 blockierte die Türkei mit ihrem Veto den NATO-Beitritt von Schweden und Finnland und verlangte als Bedingung deren Zusammenarbeit gegen die PKK, die syrische Kurdenmiliz YPG und die Gülen-Bewegung sowie die Aufhebung von Waffenembargos gegen die Türkei. In einem Memorandum haben Schweden und Finnland Anfang Juli 2022 ihre Vorbehalte gegen Waffenexporte in die Türkei aufgegeben und verboten die Unterstützung der YPG in Nordsyrien. Darüber hinaus sollen von der Türkei gesuchte PKK-Mitglieder und Anhänger der Gülen-Bewegung, die in Schweden und Finnland Schutz erhalten haben, an die Türkei ausgeliefert werden. Erdogan verhandelt zudem mit US-Präsident Biden über den Kauf von F-16-Kampffjets.

Mit diesen Zugeständnissen wurde Erdogans Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft der beiden Länder letztlich erkaufte. Damit hat die Türkei einmal mehr ihr geostrategisches Gewicht ausgespielt, die NATO hat sich von Erdogan erpressen lassen, und die Kurden werden weit über die Grenzen der Türkei hinaus zu legitimen Opfern seiner Politik gemacht.

Völkerrechtswidrige Angriffe der Türkei auf Nordsyrien und den Irak

Im Schatten des Ukraine-Krieges begann Erdogan einen neuen Angriffskrieg gegen Stellungen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in den Gebieten von Avaşın, Metîna und Zap im Nordirak. Die PDK (Demokratische Partei Kurdistans, die Regierungspartei der Autonomen Region Kurdistan im Irak), unterstützte die Bombardements von ihren Militärbasen aus im Süden der Berge Kurdistans. Wenige Tage nach Beginn der türkischen Invasion begannen irakische Truppen der Zentralregierung aus Bagdad einen umfassenden Angriff auf das Gebiet der Jesiden in Şengal im Nordirak. Den letzten Pogrom erlebten die Jesiden 2014 beim Überfall des IS auf Şengal. Tausende wurden ermordet, Hunderttausende vertrieben, unzählige werden bis heute vermisst. Erneut mussten nun Jesiden aus

Şengal nach Kurdistan fliehen – diesmal vor den Angriffen der irakischen Armee gegen ihre Selbstverteidigungsstrukturen, die von Überlebenden des IS-Genozids geschaffen wurden. Şengal fordert regionale Autonomie innerhalb des irakischen Föderalstaats ähnlich der Region Kurdistan.

Die Türkei greift seit Jahren immer wieder syrisches und irakisches Territorium an. Als Vorwand dienen PKK-Stellungen in den Grenzregionen. Die irakische Offensive auf Şengal zeitgleich mit der türkischen Invasion in Zap und Avaşın weist auf ein koordiniertes Vorgehen mit der Führung in Ankara hin. Der Autonomierat Şengals äußerte die Vermutung, dass die Türkei dem Irak ein Ultimatum gestellt haben könnte, die jesidischen Strukturen der Selbstverwaltung zu zerschlagen, bevor er es tut. Sowohl die Zentralregierung in Bagdad als auch die kurdische Regionalregierung in Erbil arbeiten mit der türkischen Regierung darauf hin, das „Sinjar-Abkommen“ umzusetzen. Es sieht die Auflösung der Autonomieverwaltung in Şengal und die Entwaffnung ihrer Selbstverteidigungseinheiten [YBŞ] vor, die die Türkei als Stellvertreter der PKK ansieht. Damit wären die Jesiden wieder so wehrlos wie bei den Massakern durch den IS 2014, denen die Truppen der Regierung in Erbil die Bevölkerung überließ. Gerechtet wurden die Jesiden zum Teil durch PKK-Kämpfer und die Syrisch-Demokratischen Streitkräfte (YPG). Daraufhin begann der Aufbau der YBŞ und der lokalen Rätestrukturen, die Erdogan als kurdischen „Terrorkorridor“ bezeichnet und mit wiederholten völkerrechtswidrigen Angriffen auf Şengal verhindern will.

Unter demselben Vorwand der Selbstverteidigung gegen Terroristen wurden von der Türkei in den letzten Jahren Gebiete in Nordsyrien besetzt und islamistisch gesäubert. Ankara hat sich in Nordsyrien eine Söldnerarmee aus überwiegend radikal-islamistischen Rebellenmilizen aufgebaut, denen Amnesty International nach der letzten Offensive 2019 schwerwiegende Kriegsverbrechen bescheinigte. Das Verteidigungsministerium der USA sieht mit den grenzüberschreitenden Angriffen der Türkei neben der Gefährdung der Zivilbevölkerung zugleich eine Behinderung der laufenden Operationen gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak (Operation Inherent Resolve). Die Partnertruppen der Syrisch-Demokratischen Streitkräfte (SDF) und der Volksverteidigungseinheiten



(YPG) müssen sich statt auf den IS auf den Schutz der kurdischen Bevölkerung konzentrieren.

Expansionspolitik der Türkei gefährdet den Nahen Osten und Europa

Erdogan weitet damit seinen Einfluss im Nahen Osten aus, ohne dass die NATO gegen seine Angriffskriege ernsthaft interveniert hat. Weder 2018 beim Überfall auf Afrin, noch 2019 beim Einmarsch türkischer Truppen in den Norden Rojavas und der Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus den Regionen ist die NATO eingeschritten. Im Ukraine-Krieg stellt sich Erdogan als Friedensstifter dar, indem er seine Beziehungen zu Russland enger knüpft. Als einziger NATO-Partner boykottiert Ankara die westlichen Sanktionen gegen Russland und baut seine Wirtschaftsbeziehungen mit Moskau seit Kriegsbeginn aus. Im Blick auf die Präsidentschaftswahl 2023 will Erdogan außenpolitischen Erfolg demonstrieren, um innenpolitisch von Inflation und wirtschaftlichem Niedergang der Türkei abzulenken.

Bei der Blockade des NATO-Beitritts von Schweden und Finnland beschuldigte die türkische Regierung die

beiden Länder, Brutstätten für terroristische Organisationen zu sein. Erdogan forderte, dass westliche Staaten gegen Verbündete der PKK vorgehen, obwohl es in jüngerer Zeit keinerlei Anschläge von deren Seite gab. Im Gegenteil haben das Gericht der Europäischen Union am 15. November 2018 und verschiedene Urteile des Höchsten Gerichts in Belgien festgestellt, dass die PKK keine Terrororganisation, sondern Teil eines internen Konflikts in der Türkei ist, und dass die Aufnahme der PKK in die EU-Terrorliste 2014–2017 rechtswidrig war. Die türkische Führung unterstellt den EU-Staaten außerdem, Anhänger der Gülen-Bewegung zu decken und deren Auslieferung zu verweigern. Für den Putschversuch 2016 machte Erdogan ohne jede Beweise den Prediger Fetulah Gülen verantwortlich und betrieb daraufhin wiederkehrende Säuberungsaktionen gegen politische Gegner. Seitdem ersuchen türkische Staatsbürger in Deutschland um Asyl.

Erdogan forderte zudem die Aufhebung der Sanktionen für Rüstungsimporte aus Europa, die mehrere westliche Staaten als Reaktion auf die militärischen Interventionen Ankaras in Syrien verhängt haben, unter anderem Schweden. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat wiederholt festgestellt,

dass die türkischen Angriffe auf Syrien und den Irak völkerrechtswidrig sind. Weder von Nordost-Syrien noch von Sengal oder Flüchtlingslagern im Nordirak geht eine Sicherheitsbedrohung für die Türkei aus. Als 2018 türkische Truppen mit deutschen Panzern in syrisches Gebiet eindrangen, setzte die deutsche Regierung dennoch den Rüstungsexporten an die Türkei keinen Stopp. Die Bundesregierung übernahm auch bei den jüngsten Angriffen im Irak unkritisch Pressemitteilungen des türkischen Verteidigungsministeriums, das sich wie bei früheren Militäreinsätzen im Nordirak und Nordsyrien auf das Selbstverteidigungsrecht gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen berief. Die Bundesregierung beteuert die Souveränität des Irak und fordert die Türkei zur Achtung des humanitären Völkerrechts auf, lehnt jedoch jegliche Konsequenzen gegenüber Ankara ab. Im Gegenteil gaben sowohl Bundeskanzler Scholz als auch Außenministerin Baerbock Erdogan Rückhalt und bekräftigten die türkisch-deutsche Partnerschaft.

Stopp von Rüstungsexporten in die Türkei und Rückkehr zu NATO-Grundsätzen

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bezeichnete auch angesichts des Vetos zur NATO-Norderweiterung die Türkei als einen geschätzten Bündnispartner, und alle Sicherheitsbedenken müssten angegangen werden. Spätestens dieses Veto der Türkei und seine Verbindungen mit Russland machen aber offensichtlich, dass die NATO und Europa mit der Türkei keinen Verbündeten mehr haben, sondern einen Feind in den eigenen Reihen. Die Kontroversen um Rechtsstaatlichkeit, die Erpressungsversuche mit dem Flüchtlingsdeal seit 2016 und die zunehmende Aggressionspolitik wurden in den vergangenen Jahren immer wieder beschwichtigt, aber nie angegangen oder gelöst. Der neueste Erpressungsversuch Erdogans ist das Ergebnis vorausgegangener Zugeständnisse des Westens an die Türkei gegen die Prinzipien der NATO.

Bündnis C fordert eine Reaktion der Bundesregierung gegenüber der Türkei auf die erneuten Angriffe im Irak analog zum Überfall Russlands auf die Ukraine. Politische und ökonomische Interessen haben Deutschland und Europa gegenüber Russland handlungsunfähig gemacht und dürfen nicht länger die Beschwichtigungspolitik gegenüber der Türkei rechtfertigen. Im Gegensatz zu Russland ist die Türkei als NATO-Partner zudem der Wertegemeinschaft des Nordatlantikvertrages verpflichtet. Die NATO ist nicht nur Verteidi-

gungsbündnis, sondern bekennt sich zu Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts. Mit der Verletzung der NATO-Grundsätze ist Erdogan kein zuverlässiger Partner, sondern eine Gefahr für das Verteidigungsbündnis. Aus der Vorgeschichte des Krieges Russlands gegen die Ukraine sollten die europäischen Regierungen gelernt haben, dass man Autokraten wie Putin und Erdogan nicht stoppt, indem man sie bei ihren Aggressionen gegen Nachbarländer gewähren lässt.

Erdogan droht mit einem erneuten Angriff in Nordsyrien, um die Kurden aus dem Grenzgebiet zu vertreiben und stattdessen syrische Flüchtlinge aus der Türkei dort anzusiedeln. Die USA, Russland, der Iran und Syrien stellen sich bisher dagegen. Der internationale Widerstand gegen weitere türkische Angriffe auf Syrien oder den Irak ist nach den erneuten Zugeständnissen der NATO an Erdogan umso wichtiger, um die demokratische Selbstverwaltung der Kurden in Nordost-Syrien zu schützen und die völkerverbindende Rolle der Kurden in Syrien, dem Irak und der Türkei. Die mindeste Konsequenz seitens der deutschen Regierung wäre der sofortige Stopp sämtlicher Rüstungsexporte an die Türkei, damit Nachbarländer nicht weiter mit deutschen Waffen attackiert werden.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Reform der Wahlen zum Europaparlament höhlt nationales Wahlrecht aus

Anfang Mai 2022 hat das Europäische Parlament mit knapper Mehrheit für einen Vorschlag zur Reform des Wahlverfahrens zum Europaparlament im Vorfeld der Europawahl 2024 gestimmt. Neben einer Sperrklausel von 3,5 Prozent und der Schaffung eines europäischen Wahlkreises soll das Datum der Europawahl auf den 9. Mai festgelegt werden. Bündnis C appelliert an den Europäischen Rat, die Gesetzesinitiative zurückzuweisen.

Ein Kernpunkt der Resolution ist eine minimale Sperrklausel von 3,5 % für „nationale Wahlkreise, die mehr als 60 Sitze umfassen“.¹ Mit nationalen Wahlkreisen sind die Mitgliedsstaaten gemeint. Die Klausel betrifft als einziges Land Deutschland mit mehr als 60 Sitzen im EU-Parlament; Frankreich und Italien haben bereits eine Sperrklausel. Damit werden kleine Parteien in großen, bevölkerungsreichen Staaten unverhältnismäßig benachteiligt. 2014 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die vom Bundestag seinerzeit eingesetzte Dreiprozenthürde bei der Europawahl mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Die beschlossene Resolution betont die Intention der weiteren Demokratisierung der Europawahl, tut aber mit der Sperrklausel das Gegenteil, indem sie die etablierten großen Parteien bevorteilt. Kleinere Parteien sind mehr im Kontakt mit den Bürgern und deren Bedürfnissen, sprechen Themen an, die große Parteien häufig vernachlässigen, und bereichern damit die Debatte. Oft repräsentieren sie politische Minderheiten, die für eine lebendige Demokratie essentiell sind. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre dient weniger der Demokratisierung der EU als der einfacheren ideologischen Beeinflussung jüngerer Wähler.

Eine weitere Reform ist die Schaffung eines europäischen Wahlkreises, in dem – zusätzlich zu den 705 Mitgliedern des Europaparlaments – 28 Mitglieder von einer transnationalen Liste gewählt werden. Die EU-Bürger hätten dann zwei Stimmen bei der Europawahl: eine für einen Kandidaten ihres Landes und eine für einen Kandidaten der europäischen Liste. Über den Präsidenten der Europäischen Kommission soll ebenfalls anhand der Ergebnisse der transnationalen Liste



Parlamentum Europaeum

entschieden werden. Mit dieser Reform wird eine weitere Zentralisierung der Macht auf EU-Ebene angestrebt und eine Föderale Europäische Union auf den Weg gebracht, die den nationalen Regierungen immer mehr Zuständigkeiten nimmt.

Die Wahlen zum Europaparlament sollen außerdem europaweit am 9. Mai stattfinden, der als Europatag begangen wird in Erinnerung des Schuman-Vertrages und der Geburtsstunde der Europäischen Union. Die Festlegung des Datums für die Wahlen ignoriert jedoch kulturelle und religiöse Aspekte, Wochentage und Feiertage, deren Bedeutung unter Umständen höher anzusiedeln ist als die Europawahl. Für die Europawahl 2024 liegt der 9. Mai auf Christi Himmelfahrt, in vielen europäischen Ländern ein nationaler Feiertag. Die Mitgliedsländer sollten weiterhin den Wahltag innerhalb einer bestimmten Periode selbst festzulegen.

Aufgrund der antidemokratischen, föderalistischen Maßnahmen appellieren wir gemeinsam mit der European Christian Political Movement (ECPM) an den Europäischen Rat, diese von Europaparlament vorgeschlagene Gesetzesinitiative zurückzuweisen.

(Pressemitteilung vom 12.05.2022)

¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0129_DE.html

Wem dient die Europäische Digitale Identität?

Der Kampf um die Datenkontrolle

Die European Christian Political Movement (ECPM) veranstaltete im Zusammenhang mit ihrer Jahreshauptversammlung in Madrid eine Konferenz zur europäischen digitalen Identität (EUid). Fazit der Sprecher war: Der Bürger muss die Kontrolle über seine Daten behalten. Die Registrierung muss freiwillig sein und es müssen andere Schlüssel außer der EUid als Alternativen bleiben für den Zugang zu Dienstleistungen jeder Art.

Zu der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen europäischen digitalen Identität führte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede zur Lage der Union am 16. September 2020 aus: „Jedes Mal, wenn eine Website uns auffordert, eine neue digitale Identität zu erstellen oder uns bequem über eine große Plattform anzumelden, haben wir in Wirklichkeit keine Ahnung, was mit unseren Daten geschieht. Aus diesem Grund wird die Kommission demnächst eine sichere europäische digitale Identität vorschlagen. Eine, der wir vertrauen, und die Bürgerinnen und Bürger überall in Europa nutzen können, um alles zu tun, vom Steuern zahlen bis hin zum Fahrrad mieten. Eine Technologie, bei der wir selbst kontrollieren können, welche Daten wie verwendet werden.“¹

Die neue Verordnung sieht vor, dass die Mitgliedstaaten den Bürgern und Unternehmen digitale Briefschaften zur Verfügung stellen, in denen sie ihre nationale digitale Identität mit den Nachweisen anderer persönlicher Attribute (z. B. Führerschein, Abschlusszeugnisse, Bankkonto usw.) verknüpfen können. Die europäische digitale Identität soll für die Nutzung aller öffentlichen Dienste von der Beantragung von Geburtsurkunden bis zu ärztlichen Attesten oder der Meldung von Adressänderungen zum Einsatz kommen, für die Einreichung der Steuererklärung, Altersnachweis oder die Bewerbung an einer Hochschule. Zudem können private Dienstleister sie nutzen für die Eröffnung eines Bankkontos, die Anmietung eines Autos oder Check-in in einem Hotel.

Risiken ausschließen, Nutzen abwägen

Sprecher der ECPM-Konferenz in Madrid waren Dr. Eppo Bruins (ChristenUnie), ehemaliger Abgeordneter

des Niederländischen Parlaments, Cristian Terhes, Mitglied des Europäischen Parlaments (Rumänien) und ECPM-Präsident Valeriu Ghiletschi (Moldawien).

Bruins beschrieb als Technologie-Experte, wie die Covid-Krise einen immensen Schub der Digitalisierung bewirkt und damit die Voraussetzungen geschaffen hat für die Plattform einer europäischen digitalen Identität. Gegenwärtig sind die Daten der Bürger im Besitz von Technologieunternehmen. Big Tech Plattformen stellen bereits öffentliche Infrastrukturen bereit. Wenn die EU keine digitale Identität für die Bürger bereitstellt, werden private Konzerne es tun. Über deren Datenverwendung hat niemand die Kontrolle, wie Kommissionspräsidentin von der Leyen den Vorschlag der EUid begründet. Eine europäische digitale Identität als Zugang zu verschiedensten öffentlichen und privaten Dienstleistungen macht die Menschen jedoch verwundbar, abhängig und kontrollierbar. Die Risiken einer einzigen Plattform müssen vor der Einführung ausgeschlossen werden: Welche Daten sind notwendig? Was dürfen Dienstleister abfragen? Was werden europäische Institutionen überwachen?

Bruins sprach sich für eine selbstverwaltete Identität (SSI) aus, bei der die Person die Souveränität und Kontrolle über ihre Daten hat. Wenn die EU die Standards nicht festlegt, dann wird es die Industrie tun. Und wenn Europa sich nicht dagegen wehrt, wird es kein anderer Kontinent tun.

MdEP Cristian Terhes, ehemaliger Softwareentwickler und Programmierer, wies darauf hin, dass Techniker sich der Gefahren einer digitalen Identität bewusst sind, Juristen und viele Abgeordnete hingegen nicht. Regierungen erklären nur die Vorteile und verschweigen die Risiken. Das Europaparlament muss die Risiken in der Gesetzgebung eliminieren. Die Europäische Kommission behält sich jedoch das Recht vor, nach der Verabschiedung des Gesetzes weitere Rechtsakte hinzuzufügen und hebt damit demokratische Prinzipien aus. Terhes warnte, dass die Daten der Bürger zu einer Ware werden, ihr Privatleben und fundamentale Rechte wie das auf Freizügigkeit bedroht sind. Der aktuelle Vorschlag soll an die Kommission zurückgegeben werden für eine vollständige Überarbeitung mit Antwort auf alle offenen Fragen, die das Parlament gestellt hat.

¹ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/european-digital-identity_de

Identifizierung statt Authentifizierung

Mit dem jetzigen Entwurf der Kommission wird der Bürger nicht in der Lage sein auszuwählen, welche Daten er weitergibt, und seine Identität einer europäischen Kontrollinstanz ausgeliefert sein. Herkömmliche Internetseiten verlangen als Login eine Authentifizierung mit Username und Passwort, aus der nicht zwangsläufig auf die Identität der Person geschlossen werden kann. Eine digitale Identität fordert hingegen die Identifizierung der Person. Damit werden die Bürger vollumfänglich kontrollierbar und gleichzeitig verwundbar, weil die EUid Identität kreiert. Wer sich nicht identifizieren kann, existiert nicht. Bei Hackerangriffen, Störungen des Systems oder Verlust der EUid gibt es keine anderen Zugänge und der Nutzer ist außerdem mit seinen personenbezogenen Daten feindlichen Übergriffen ausgeliefert. Ohne Authentifizierung kann man hingegen nur bestimmte Dienste vorübergehend nicht in Anspruch nehmen.

Das Versprechen einer sicheren, vertrauenswürdigen europäischen digitalen Identität steht damit auf tönernen Füßen. Fundamentale Rechte der EU-Bürger werden konditional. Die Registrierung soll freiwillig sein. Aber wenn dem Bürger ohne digitale Identität öffentliche und private Dienstleistungen nicht mehr zugänglich sind, kann er immer eingeschränkter agieren, kaufen oder verkaufen.

Mit dem digitalen Covid-Zertifikat der EU wurde das Recht auf Freizügigkeit bereits drastisch beschränkt. Das Zertifikat wurde anfangs als völlig freiwillig beworben und stellte sich am Ende als obligatorisch heraus. Die nationalen Regierungen hatten die Freiheit, wie sie das Zertifikat einsetzen. Die meisten haben es benutzt, um damit nationale Beschränkungen einzuführen, gegen die aufgrund der EU-Regulierung auf nationaler Ebene niemand klagen kann. Die Europäische Kommission bringt perspektivisch ein CO2-Budget für den Bürger ins Spiel, das nur durch ein Überwachungssystem wie die europäische digitale Identität kontrollierbar wäre.

In der Diskussion wies der Europaabgeordnete Bert-Jan Ruissen (Niederlande) auf die Gefahr des Datenmissbrauchs hin. Die Europäische Kommission betont, dass der Bürger den Schlüssel zu seinen Daten hat. In der Umsetzung wird jedoch der Systemadministrator die Kontrolle über die Schlüssel haben und Regierungsbehörden die Gewalt über die Türen. Es droht die Gefahr von immer mehr geschlossenen Türen im gesellschaftlichen Leben, die nur mit dem Schlüssel der EUid zu öffnen sind. Die europäische Philosophie dahinter sind die weitere Zentralisierung und Föderalisierung der EU und für immer mehr Probleme eine europäische Lösung zu fordern. Die europäische Integration wird auf

Kosten nationaler Kompetenzen vorangetrieben, europäische Steuern, Gesundheitsdienste usw. angestrebt.

Bedingungen für eine europäische digitale Identität

In der ECPM und in Bündnis C führen wir die Diskussion nicht aus der EU-Perspektive, sondern aus der individuellen Sicht. Wir setzen den Menschen an die erste Stelle, nicht Institutionen. Wir geben das Leben der Menschen nicht in die Hand von Institutionen und Bürokraten, sondern der Freiheit der Person die Priorität vor einem System, das dem Einzelnen die Verantwortung und die Hoheit über seine Identität abnimmt.

Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis September 2022 ein gemeinsames Instrumentarium für die europäische digitale Identität zu schaffen, das die technische Architektur, Normen, Leitlinien und bewährte Verfahren umfasst. Parallel zum Gesetzgebungsverfahren wird die Kommission mit den Mitgliedstaaten und dem Privatsektor an den technischen Aspekten EUid der arbeiten und die Umsetzung des Rahmens dafür als Teil des Programms „Digitales Europa“ unterstützen.²

Die Diskussion der EUid muss jetzt in den nationalen Parlamenten angestoßen und Beschlüsse dazu herbeigeführt werden. Die Mitgliedsstaaten müssen die Bedingungen für eine EUid stellen. Der Bürger muss dabei die Kontrolle über seine Daten behalten, wie sie bei einer selbstverwalteten Identität (SSI) gegeben ist, und es darf kein zentrales europäisches Register erstellt werden. Die Registrierung muss freiwillig sein und es müssen andere Schlüssel außer der EUid als Alternativen bleiben für den Zugang zu Dienstleistungen jeder Art. Private Dienste sollten von der Plattform generell ausgeschlossen sein, um den Zugang dazu für jeden Bürger offen zu halten, Missbrauch vorzubeugen und das Privatleben der Bürger vor zentralistischer Kontrolle zu schützen.

Es besteht die Gefahr, dass in dem System, das jetzt von der Europäischen Kommission als freiwillig beworben wird, wenn es errichtet ist, immer mehr Türen geschlossen werden, zu denen die EUid verpflichtend ist. Dem müssen nationale Beschlüsse vorbeugen. Dafür gilt es jetzt Bewusstsein und Öffentlichkeit in Politik und Medien und in der Bevölkerung zu erzeugen. Die Bürger der EU müssen über die Pläne informiert sein und darauf reagieren können, ihre Abgeordneten anschreiben, Fragen stellen und die Antworten diskutieren.

(Pressemitteilung vom 30.06.2022)

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2663

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

bei all den schlechten Nachrichten, die uns fast jeden Tag erreichen, ist es gut, den Blick auf das zu richten, was froh macht und ermutigt.

Für uns, die wir an Jesus glauben, ist das die Bibel. Ja, Jesus spricht selbst von der Guten Nachricht. Wie schön wäre es doch, wenn die Welt sich dieser Botschaft öffnen würde. Ich glaube, dass es uns als Partei mit einem Programm, das sich an Gottes Wort orientiert, gelingen kann, die Menschen zu erreichen.

Wir müssen als Christen in unseren Programmen und Werken den Unterschied ausmachen. Dazu gehört auch eine klare Absage an den Zeitgeist, wo er die biblischen Lebensordnungen verworfen hat.

Vor kurzem sagte mir ein lieber Bruder: „Wenn Ihr bereit seid, Verantwortung zu übernehmen, müsst Ihr auch Kompromisse eingehen z. B. in Punkto Abtreibung usw.“

Meine Antwort darauf war ein klares Nein. Wir sind gerne kompromissbereit in vielen Fragen, aber es gibt Themen mit Null Kompromissbereitschaft. Dies ist immer der Fall, wenn es um Abweichungen von Gottes Wort geht.

Sicher stellt sich uns die Frage, wie es bei all den Hürden und Steinen, die uns als Partei in den Weg gelegt werden, überhaupt möglich sein kann, Verantwortung

zu übernehmen. Wenn wir auf diese Probleme schauen, kommen wir nicht weiter, und unsere Kraft ist schnell am Ende. So richten wir den Blick auf Gottes Wort, denn hier finden wir die Ermutigung, die wir brauchen, wie in dem Wort an Serubbabel aus Sacharja 4,6:

„Was du vorhast, wird dir nicht durch die Macht eines Heeres und nicht durch menschliche Kraft gelingen: Nein, mein Geist wird es bewirken! Das verspreche ich, der HERR, der allmächtige Gott.“

Ich wünsche mir, dass wir den Mut haben, an die Stelle von Serubbabel Bündnis C einzusetzen. Lasst uns mutig voran gehen und auf Gott vertrauen.

Es grüßt Euch herzlich



Mathias
Scheuschner

Bundesschatz-
meister

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!

Bündnis C ist in den verschiedensten Sozialen Medien mit Inhalten vertreten. Diese lassen sich in der Regel auf den jeweiligen Plattformen über die Suchleiste und die Eingabe von Bündnis C finden. Hier die Übersicht der verschiedenen Kanäle mit dem dazugehörigen Direktlink zu Bündnis C:

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf Ihrem bevorzugten Medium folgen bzw. es abonnieren, sodass Sie immer informiert sind. Besonders helfen Sie uns, wenn Sie unsere Beiträge teilen, weiterverbreiten und einen Kommentar hinterlassen.



<https://buendnis-c.de/>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

bündnis C



buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 24 – 2022/2

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.
Abbildungen auf Seite 1: Pixabay; S. 7: Internet Archive Book Images, Keine Einschränkungen, via Wikimedia Commons; S. 8: Bürgerrat Demokratie, Copyrighted free use, via Wikimedia Commons; S. 11: Sallux Publishing; S. 19: Birgit Konzelmann; S. 23: www.vita-l.de; S. 34: John R Perry/Pixabay; S. 38: www.ecpm.info; S. 41: Wikilimages/Pixabay; S. 43: gemeinfrei

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Hefnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX